©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS-ALBERT WALTER

DAS PARISER KPD-SEKRETARIAT, DER DEUTSCH-SOWJETISCHE NICHTANGRIFFSVERTRAG UND DIE INTERNIERUNG DEUTSCHER EMIGRANTEN IN FRANKREICH ZU BEGINN DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Im Frühjahr 1939 schien sich für die deutsche politische Emigration in Frankreich ein neues Verhältnis zu ihrem Gastland anzubahnen, ein Einverständnis wenigstens in einer zentral wichtigen politischen Grundfrage. Zuvor hatte die Ära des Appeasement eine tiefe Kluft zu den Westmächten geschaffen, und das Abkommen von München hatte den Tiefpunkt des beiderseitigen Verhältnisses markiert. Die Wendung zum Besseren datierte, seitdem die Westmächte die reichsdeutsche Okkupation des tschechischen Rumpfstaates (15. März 1939) mit ihrem Hilfsversprechen für Polen beantwortet hatten, weiteren deutschen Expansionsversuchen damit erstmals sichtbar Paroli bietend. Leopold Schwarzschild, Herausgeber des Pariser „Neuen Tage-Buchs" und zweifelsohne der bedeutendste politische Publizist der deutschen Emigration, qualifizierte diesen Schritt als „Anfang eines neuen Geschichtskapitels" und als „überhaupt entscheidende Wendung in dem ganzen Verhältnis zwischen Welt und Hitler"[1]. Was die Exilierten über Jahre vergebens gefordert hatten, begann zur Maxime des politischen Handelns der westlichen Demokratien zu werden. Auf der Basis dessen, was in Paris und London zuvor als Parteibefangenheit der deutschen Emigration abgetan worden war, herrschte nunmehr Einvernehmen über den aggressiven Charakter der Hitlerdiktatur, und es schien wenigstens ein Minimalkonsens zwischen den politischen Interessen der Exilierten und denen ihrer Gastländer hergestellt zu sein.

Das Verhältnis zu den Westmächten war nun endlich auf den Stand gebracht, der im Verhältnis zur Sowjetunion schon seit langem zu bestehen schien. Die Sowjetunion war ja, so schien es, der gleichsam naturgegebene Bündnispartner der Emigration, weltweit ihr verläßlichster (und über lange Jahre einziger) politischer Freund von Gewicht. Aus solcher Perspektive war es eine selbstverständliche Erwartung, daß die westliche Abkehr von der Appeasementpolitik in eine gegen die NS-Diktatur gerichtete Vereinbarung mit der Sowjetunion einmünden müsse und werde. Nicht eben wenige Exilierte glaubten der westlichen Festigkeit, dieser Tugend allzuneuen Datums, erst trauen zu dürfen, wenn sie in einem Ost-West-Bündnis vertraglich besiegelt und erhärtet worden war. Das Bündnis war jedenfalls

[1] Das Neue Tage-Buch, Paris–Amsterdam (künftig zitiert: NTB), 7. Jg., Nr. 13 v. 25. 3. 1939, S. 298.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die allgemeine Zielperspektive, und daß die Exilierten dieser Abwehrkoalition in einem mehr als nur ideellen Sinne angehörten, das war zumindest in deren eigenen Augen eine Art Gemeinplatz. Bundesgenossen schon lange vor Begründung des Bündnisses, Bundesgenossen zur Unzeit sozusagen, durften sie nun, da die Zeit endlich gekommen war, erwarten, daß aus ihrer politischen ‚Rehabilitierung' (wenn man es einmal so nennen will) praktische Konsequenzen gezogen werden würden.

Schon während der Sudetenkrise hatte Ernst Toller – damals vergeblich – der britischen Regierung „für den Fall der Not" seine Dienste angeboten, „gleich vielen meiner hier lebenden Landsleute", wie er hinzugefügt hatte[2]. Nach der Beseitigung des tschechischen Rumpfstaates war es freilich nicht die britische, es war die französische Regierung, die für solche, unter den Exilierten in Frankreich ebenfalls bestehende Bereitschaft die rechtlichen Voraussetzungen schuf, damit jenes politische Grundeinverständnis herstellend, von dem eingangs gesprochen wurde. Die in Paris am 12. April 1939 erlassene „Verordnung über die Erstreckung der Verpflichtungen, die den Franzosen durch die Rekrutierungs-Gesetze und das ‚Gesetz über die Organisierung der Nation in Kriegszeiten' auferlegt sind, auf die das Asylrecht genießenden Ausländer"[3] – dieses erste von mehreren einschlägigen Dekreten ermöglichte nicht nur den Heeresdienst von im Lande lebenden Ausländern, es dehnte die Militärdienstpflicht sogar ausdrücklich auf diese aus. Zur gleichen Zeit erließ der „Nationalverband der mobilmachungspflichtigen Franzosen" samt Politikern bürgerlicher Parteien einen Aufruf an die in Frankreich lebenden Ausländer, sich im „Groupement des étrangers volontaires pour la défense de la nation française" zusammenzuschließen. Die Vereinigung, die sich allen politischen, konfessionellen oder rassischen Zielen streng versage, sei bestimmt, „aus den zur freiwilligen Teilnahme an der nationalen Verteidigung bereiten Ausländern die besten Elemente auszulesen, sie zu sammeln und ihre Aktivität einzig und allein auf dem Gebiete der Verteidigung der großen Interessen des Landes, der Zivilisation und des Friedens zu koordinieren"[4]. Am 27. Mai 1939 erfolgte per Dekret die Einrichtung von besonderen „Ausländereinheiten" in der französischen Armee[5] (nicht zu verwechseln mit der Fremdenlegion), und wie man sehen wird, wurden bis tief in den Juli 1939 hinein weitere Ausführungsbestimmungen erlassen. Mit einem Wort, die Dritte Republik war mit bemerkenswerter Konsequenz und Zielstrebigkeit dabei, den deutschen Antifaschisten jenen Platz und Status zu gewähren, der in der Logik der neuen französischen Politik lag, und den die Betroffenen, ihrem eigenen Selbstverständnis nach, seit langem beanspruchen durften.

---

[2] Die Neue Weltbühne, Paris (künftig zitiert: NWB), 34. Jg., Nr. 41 v. 13. 10. 1938, S. 1298. – Das Zitat ist einer Rede entnommen, die Toller am 29. 9. 1938, also auf dem Höhepunkt der Krise, in London gehalten hatte.

[3] Im Wortlaut abgedruckt in: NTB, 7. Jg., Nr. 17 v. 22. 4. 1939, S. 408.

[4] Ebenda, S. 386.

[5] Barbara Vormeier, Dokumentation zur französischen Emigrantenpolitik 1933–1944, in: Hanna Schramm, Menschen in Gurs. Erinnerungen an ein französisches Internierungslager (1940–1941), Worms 1977, S. 209.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie nicht anders zu erwarten, haben die politisch-publizistischen Wortführer der Emigration in den letzten Friedens- und ersten Kriegstagen naheliegende Folgerungen gezogen, indem sie – auch und gerade nach dem überraschenden Dazwischentreten des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages – ihre Anhänger und Leser zum Kampf an der Seite der westlichen Alliierten aufforderten. Die Bandbreite, auf der solche Aufforderungen ergingen, war nach links hin übrigens größer, als es die vom Nichtangriffsvertrag verursachten Umstände erwarten lassen. So selbstverständlich es angesichts der politischen Haltung ihres Herausgebers war, daß die „Zukunft", die Zeitschrift des aus der KPD ausgeschlossenen Willi Münzenberg, einen solchen Aufruf druckte[6], so bemerkenswert war es, daß die von Hermann Budzislawski geleitete und seit Jahren auf (verdeckt) kommunistischem Kurs gesteuerte „Neue Weltbühne" einen entsprechenden Appell an ihre Leser richtete: „Wir fordern die ganze Gemeinschaft unserer Leser schon jetzt auf, sich im Kriegsfall in die Reihen aller derjenigen einzuordnen, die an der Seite der Demokratien kämpfen. Niemand darf in dem gewaltigen Existenzkampf, der jetzt vielleicht anhebt, abseits stehen – es geht um die Erhaltung und Wiedereroberung jener Dinge, die allein das Leben lebenswert machen. Es geht um unser aller Zukunft!"[7] In diesem, die Nummer vom 31. August 1939 abschließenden, im genauen Wortsinn allerletzten redaktionellen Textbeitrag der „Neuen Weltbühne" – das nächste Heft der Zeitschrift konnte schon nicht mehr erscheinen – fanden die Verlegenheiten mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag einen ungewöhnlichen Ausdruck, Schwierigkeiten, die vor allem für die im westlichen Exil lebenden deutschen Kommunisten charakteristisch gewesen sind[8]. Vorerst kommt es uns lediglich auf das bemerkenswerte Faktum an, welches das für ein kommunistisch geführtes Blatt erstaunliche Plädoyer darstellt. In jenen Tagen zwischen Krieg und Frieden galten die zitierten Sätze für die deutsche Emigration in Frankreich insgesamt, und erst recht durfte allgemeine Gültigkeit beanspruchen, was Budzislawski in dem (gleichfalls denkwürdigen) Leitartikel der letzten „Weltbühne"-Nummer im Hinblick auf die Westmächte gesagt hatte: „daß die Erpressung mit dem deutsch-russischen Pakt geplatzt war"[9]. Diese Feststellung galt auch für die deutsche Emigration in Frankreich, und den besten Beweis liefert die Tatsache, daß bei Kriegsbeginn Exilierte aller politischen Richtungen Anstrengungen unternahmen, um sich der französi-

[6] Vgl. z. B. den Aufruf der Fédération des Émigrés d'Allemagne in: Die Zukunft, Paris (künftig zitiert: DZ), 2. Jg., Nr. 36 v. 6. 9. 1939, S. 3. – Zur politischen Position Willi Münzenbergs nach seiner Trennung von der KPD vgl. meine Analyse von „Die Zukunft" in: Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Band 4, Exilpresse (künftig zitiert: Band 4), Stuttgart 1978, S. 128-184.

[7] NWB, 35. Jg., Nr. 35 v. 31. 8. 1939, S. 1112.

[8] Vgl. dazu die Darstellung bei Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 334 ff. und S. 351 ff., ferner die apologetisch resp. anklägerisch gefärbten Darstellungen, die zwei in führender Position Beteiligte gegeben haben: Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. 1938 bis August 1939. Erinnerungen, Band 2, Berlin 1977, S. 362–455; Alexander Abusch, Der Deckname, Berlin 1981, S. 466–490.

[9] NWB, 35. Jg., Nr. 35 v. 31. 8. 1939, S. 1083.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Armee anschließen zu können. Der parteipolitisch ungebundene liberale Journalist Franz Schoenberner ist hier ebenso zu nennen wie der Schriftsteller Gustav Regler, der sich gerade zu seinem langwierig-langwährenden Abschied von der KPD aufmachte, der parteitreue Kommunist Rudolf Feistmann ebenso wie der fast am entgegengesetzten Ende der politischen Skala beheimatete Hans Habe[10].

In dem weltgeschichtlichen Augenblick, da die Westmächte politisch die Sprache des deutschen Exils zu sprechen begannen und zu dessen Verbündeten zu werden sich anschickten, kam es für die Exilierten und Emigranten in Frankreich indessen ganz anders. Die französische Regierung schlug sie just da fast unterschiedslos der feindlichen Seite zu, als sie zumindest verbatim die Positionen bezog, die zu beziehen das Exil von ihr jahrelang vergeblich gefordert hatte. Statt die Exilierten und Emigranten zum französischen Heer einzuziehen, wie es noch im Juli geplant worden war, wurden sie, in Gestalt einer Masseninternierung, die ersten (und für geraume Zeit einzigen) Opfer der von ihnen ersehnten neuen französischen Politik.

Diese abrupte Kehrtwendung der französischen Regierung ist ebenso erstaunlich wie rätselhaft und verdient Aufmerksamkeit. Das gleiche Interesse ziehen einige Reaktionen von Exilierten auf sich, insbesondere ein beinahe verzweifelter Versuch führender deutscher Kommunisten in Frankreich, das Schicksal womöglich doch noch zu wenden und der deutschen Emigration die Internierung zu ersparen. Bei den letztgenannten Vorgängen haben wir es mit einem Gegenstand von einiger Brisanz zu tun, mit einem von der kommunistischen Geschichtsschreibung tabuisierten

[10] Franz Schoenberner, Innenansichten eines Außenseiters. Erinnerungen 2, Icking und München 1965, S. 99 f.; Gustav Regler, Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte, Frankfurt am Main 1960, S. 439; Hans Habe, Ich stelle mich. Meine Lebensgeschichte, München 1954, S. 303; Heinz Voßke (Hrsg.), Im Kampf bewährt. Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstandskampf von 1933–1945, Berlin 1969, S. 562 f. – Der Hinweis auf Feistmann ist dem Beitrag von Wilhelm Eildermann in Voßkes Sammlung entnommen und wird hier noch einmal eigens angeführt, weil es sich, wenngleich kaschiert, um eines der wenigen autobiographischen Zeugnisse handelt, das auch die Teilnahme der kommunistischen Parteibasis an diesen Anstrengungen dokumentiert. Eildermann gibt ein Gespräch wieder, das angeblich im Juli 1939 stattgefunden haben und sich um Kriegs- und Internierungsgefahr gedreht haben soll. Das Referat dementiert allerdings diese Datierung, denn es wird ein Thema berührt, welches im Juli 1939 noch keineswegs aktuell war, wohl aber Ende August: „Wir sprachen bei Kaffee und Kuchen über die Kriegsgefahr und die Möglichkeit unserer Internierung. Rudolf Feistmann glaubte, daß wir uns zum Kampf bereithalten müßten. Er glaubte anscheinend, daß wir im Bund mit dem offiziellen Frankreich gegen Hitler kämpfen könnten. Ganz klar war die Sache nicht, und Rudolf fügte auch hinzu: Wenn es soweit wäre, sollten wir die notwendigsten Sachen – Bekleidung, Schuhzeug, Decke usw. – in einen Rucksack packen und uns bei den französischen Behörden melden. Wer sich bei Aufforderung nicht meldete, müsse damit rechnen, als deutscher Spion betrachtet und entsprechend behandelt zu werden." Ganz offenkundig hat man es hier mit einem Reflex innerparteilicher Auseinandersetzungen zu tun, die der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag auslöste, und wenn es auch unklar bleibt, auf welcher Seite der Verfasser Eildermann damals gestanden hat, so ist es doch eindeutig, daß er den (in der DDR 1950 durch Selbstmord geendeten) Feistmann en passant des politischen Irrtums und Fehlverhaltens bezichtigt. Es war dies aber eben keine individuelle „Abweichung", ja im Paris des Sommers 1939 nicht einmal eine „Abweichung" überhaupt, sondern, wie man sehen wird, Folge der Entscheidungen Franz Dahlems.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Thema zudem, da hier ja die Identitätskrise und der Loyalitätskonflikt berührt werden, in die die deutschen Kommunisten durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag geraten waren. Im Folgenden soll eine Durchleuchtung dieser in der DDR ignorierten oder totgeschwiegenen Vorgänge insoweit versucht werden, wie der gegenwärtige Quellenstand das erlaubt, und es soll auch der enge sachliche Zusammenhang dargestellt werden, der zwischen der Erstreckung der französischen Wehrpflicht auf deutsche Exilierte und Emigranten, den Masseninternierungen des September 1939 und dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag besteht.

Juristische Voraussetzungen und politischer Hintergrund der Masseninternierung

Nach der am 3. September 1939 erfolgten französischen Kriegserklärung an Deutschland wurde in der französischen Presse und durch Plakatierung im ganzen Lande eine öffentliche Aufforderung des Kriegsministeriums an alle „nationaux du Reich" gerichtet: „A) Les ressortissants du sexe masculin de l'Empire allemand ayant plus de dix-sept ans et moins de cinquante ans devront rejoindre immédiatement et sans délai le centre de rassemblement fixé par les affiches. B) Les ressortissants des deux sexes de l'Empire allemand devront se présenter immédiatement et sans délai à la mairie ou au commissariat de police de leur résidence pour y faire connaître leur situation et obtenir, s'il y a lieu, les pièces d'identité nécessaires; ils ne peuvent jusqu'à nouvel ordre quitter sans autorisation spéciale la localité où ils habitent. Ils seront immédiatement mis en état d'arrestation s'ils contreviennent à ces dispositions"[11].

Die Verfügung, deren erster Passus am 14. September 1939 auf Männer zwischen dem 50. und dem 65. Lebensjahr ausgedehnt wurde, traf unterschiedslos Reichsdeutsche, die dem nationalsozialistischen Regime loyal waren, und Exilierte und Emigranten. Für Letztere blieb auch unerheblich, ob sie noch die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen oder durch Ausbürgerung bereits staatenlos geworden waren. Ob die rasch erfolgte Plakatierung im ganzen Land die Vermutung gestattet, daß die Internierung von langer Hand geplant gewesen sei? Man kann daran, wie man sehen wird, erhebliche Zweifel anmelden. Gleichwohl wird man einräumen müssen, daß es dafür in Gestalt des Dekretgesetzes vom 12. November 1938[12] schon seit geraumer Zeit eine ausreichende Rechtsgrundlage gab. Unmittelbar nach den deutschen Novemberpogromen waren die Ministerien des Inneren und der Kolonien durch dieses Dekretgesetz ermächtigt worden, Ausländer gegebenenfalls auch in

[11] Barbara Vormeier, Quelques aspects de la politique française à l'égard des émigrés allemands 1933–1942, in: Hanna Schramm et Barbara Vormeier, Vivre à Gurs. Un camp de concentration français 1940–1941 (künftig zitiert: Quelques aspects), Paris 1979, S. 245 ff.

[12] Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Band 2, Europäisches Appeasement und überseeische Asylpraxis (künftig zitiert: Band 2), Stuttgart 1984, S. 92 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lager einzuweisen. Was in der akuten Situation von Ende 1938 eine klare Vorsichtsmaßnahme gegen einen befürchteten Flüchtlingszustrom aus Deutschland gewesen war, ließ sich im Kriegsfall natürlich auch anderweitig anwenden. Barbara Vormeier macht weiter auf einen in den zwanziger Jahren abgeschafften, 1935 aber reaktivierten Artikel der französischen Strafprozeßordnung aufmerksam, der die Präfekten ermächtigte, „bei Verbrechen und Delikten gegen die innere oder äußere Sicherheit des Landes ohne gerichtlichen Haftbefehl Verhaftungen anzuordnen"[13]. Mit dieser dehnbaren Klausel waren individuell gezielte Verhaftungen aller Art juristisch fundiert, gleichgültig wie es im Einzelfall mit ihrer sachlichen Begründung bestellt war. Endlich hatte aber auch das Faktum der Internierung selbst weitreichende rechtliche Folgen. Aus dem ‚normalen' machte es sozusagen automatisch einen feindlichen Ausländer. Als Franzosen waren nämlich, einem am 4. September 1939 verkündeten Dekret zufolge, „alle Ausländer, die sich in Frankreich aufhielten, anzusehen; als Feinde galten all die Ausländer, die sich in den Feindesländern aufhielten, sowie alle in Frankreich internierten Ausländer"[14].

Unabhängig davon waren am 22. August 1939 dienstinterne Anweisungen des Innenministers an die Präfekten ergangen, die Barbara Vormeier so referiert: „De nombreux émigrés allemands et autrichiens militants furent, grâce à des listes préparées à l'avance, declarés ‚suspects au point de vue national' ou ‚dangereux pour l'ordre public' et arretés. Les listes des personnes suspectes furent ‚complétées' en application d'une circulaire du 22 août 1939 dans laquelle Albert Sarraut, ministre de l'Intérieur, donnait des instructions aux préfets pour inscrire à ce qu'on appelait le carnet B tous des étrangers ‚faisant l'objet de toutes mesures d'expulsion ou de refoulement pour des motifs de sécurité nationale'."[11] Es war also keine Prüfung der Einzelfälle vorgesehen, vielmehr wurde die bereits bestehende Liste der verdächtigen Ausländer auf Grund von formalisierten Kriterien erweitert und „vervollständigt". Den im Französischen mehrdeutigen Terminus „militant" übersetzt man hier wohl am besten mit „politisch aktiv", und Vormeier hat natürlich recht, wenn sie vor allem zu deutschen und österreichischen Kommunisten eine Verbindung herstellt – Sarrauts ergänzendes Rundschreiben datiert wohl kaum zufällig vom selben Tag, an dem die Presse die DNB-Meldung von Ribbentrops Flug nach Moskau in großer Aufmachung veröffentlichte. Gleichwohl dürften die vorbereiteten Listen erheblich umfangreicher gewesen sein. Die Ereignisse der folgenden Wochen geben jedenfalls allen Anlaß, dies zu unterstellen. Und da sich die französischen Behörden bedauerlicherweise noch immer nicht zu einer rückhaltlosen Öffnung ihrer Archive haben durchringen können, kann man hier vorerst nur auf Grund solcher Indizien urteilen.

Nicht minder wichtig als der juristische ist freilich auch der allgemeine Hintergrund, auf dem sich Verhaftungen wie Internierungen bei Kriegsbeginn vollzogen haben, die politische Lebensatmosphäre in der Dritten Republik, die deren Asylpoli-

[13] Barbara Vormeier, Dokumentation zur französischen Emigrantenpolitik, S. 223.
[14] Ebenda, S. 222.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tik und -praxis mindestens seit dem Frühsommer 1938 wesentlich beeinflußt hatte. Der politische Grundkonsens mit der Emigration, der sich in der Erstreckung der Wehrpflicht auf die das Asylrecht genießenden Ausländer manifestierte, war ja nur ein Aspekt der französischen Verhältnisse, und man tut gut daran, von dieser Teilansicht nicht auf das Ganze zu schließen. Um die komplexe Situation zu charakterisieren, müssen hier ein Verweis[15] und einige verallgemeinernde Stichworte genügen. Kennzeichnend für das Klima im Lande war eine in der französischen Bevölkerung weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit im Allgemeinen; ein Chauvinismus, der sich bevorzugt gegen den deutschen ‚Erbfeind' richtete, von dem man zuletzt in München so schlagend gedemütigt worden war, ein Chauvinismus, der seine Affekte aber nicht gegen diesen selbst entlud, sondern gegen die exilierten Deutschen kehrte; ein längst nicht mehr nur latenter Antisemitismus; als Folge des Scheiterns der Volksfront schließlich Antimarxismus und Antisozialismus. Kurzum, Frankreich war ein sattes und müdes Land, das keinen sehnlicheren Wunsch hatte, als in Ruhe gelassen zu werden, in Ruhe gelassen um nahezu jeden Preis, und es glaubte, den Störenfried nicht im Feind jenseits der Grenzen erkannt zu haben, sondern in denen, die vor diesem Feind am eindringlichsten warnten.

Diese komplexe Stimmungslage, die Thomas Mann in seiner polemischen Schrift „Dieser Friede" als „entsittlichte und lügenhaft-überflüssige Friedensliebe" gekennzeichnet hat, war in Frankreich offenkundig viel mächtiger als die aktivistische Gegenströmung, die sich nach dem 15. März 1939 an der politischen Oberfläche zu regen begann – etwas zu geräuschvoll, um wirklich glaubhaft zu sein. Der Defaitismus, ja, die kampflose Selbstaufgabe, bevor noch der erste Schuß gefallen war, lagen atmosphärisch wie ein feiner, tödlicher Schleier über dem Land, und sie waren es, die die Mehrheit der Franzosen für jene Ängste empfänglich machte, in deren Gestalt die Wirklichkeit psychisch einzig noch zugelassen war. Das schlechte Gewissen – um es populär zu fassen – fand sein Ventil in einem rapide wachsenden Verschwörungs-, Verrats- und Spionen-Denken, in der hysterischen Furcht vor einer deutschen „fünften Kolonne" beispielsweise, deren Agenten Frankreich angeblich unterminierten und planvoll kampfunfähig machten. Allein 1938/39 bewirkte dieses Wahngebilde drei französische Buchpublikationen, eine schreckenerregend kassandrahafter als die andere[16]: Unheilsprophezeiungen und -bekundungen, die Louis de Jong in seinem eben angeführten Werk längst mit einem für ihre Produzenten und gläubigen Anhänger niederschmetternd negativen Ergebnis untersucht hat[17], deren

[15] Hans-Albert Walter, Band 2, S. 87–112, hier insbesondere S. 101 ff.

[16] Louis de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1959, S. 32.

[17] Mit einem zumindest peinlichen Ergebnis freilich auch für einige deutsche Exilierte, die zur Entstehung dieser Hysterie beigetragen hatten – unfreiwillig, gewiß, und ganz sicher nicht mit der Absicht, die später eingetretenen Wirkungen hervorzurufen, nichtsdestoweniger aber leichtfertig: beispielsweise die Verfasser der 1935 in den von Willi Münzenberg geleiteten Editions du Carrefour anonym erschienenen, angeblich aus sowjetischen Quellen gearbeiteten Darstellung „Das braune Netz". Unzweifelhaft hatten sie mit dieser Enthüllungsschrift über angebliche NS-Umtriebe im Ausland die ausländische Öffentlichkeit aufrütteln und vor dem deutschen Faschismus warnen wollen. Sie

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

epidemisches Aufsprießen in den Vorkriegsmonaten indessen eines überzeugend belegt: die Angst war zu einem politischen Faktor von beträchtlichem Gewicht geworden. Und da Hitler seine Agenten so massenhaft in die Welt schickte, was lag da wohl näher, als sie unter jenen Landsleuten Hitlers zu suchen, die sich in der Tat massenhaft im Lande aufhielten – ebenso massenhaft wie unerwünscht?

Das zentrale weltpolitische Ereignis der allerletzten Friedenstage, der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag, gab diesen wahnhaften Stimmungen mindestens mittelbar einen weiteren beträchtlichen Auftrieb. Der Vertrag war die größte moralische und politische Niederlage der antifaschistischen Bewegung, und man kann seine demoralisierenden Folgen für Westeuropa nicht hoch genug veranschlagen. In Frankreich besiegelte er für geraume Zeit das Schicksal der Linken, die sich seit dem Scheitern der Volksfront ohnehin schon in einem solchen Zustand der Defensive befand, daß man ihn leicht mit Agonie verwechseln konnte. Der Vertrag zwischen Berlin und Moskau opferte diese Linke vollends, und er gab sie schutzlos der Rache ihrer innenpolitischen Gegner preis – nicht nur die französischen Kommunisten, sondern auch all jene, die in vergangenen Zeiten und unter anders gearteten Umständen ein Bündnis mit der Sowjetunion und den Parteien der Dritten Internationale für möglich und richtig gehalten hatten. Über die aus Enttäuschung und Zorn, Verachtung und Scham gemischten Reaktionen auch der bis dahin nicht a priori antikommunistischen Öffentlichkeit braucht hier nicht gesprochen zu werden. Sie waren ja nur zu begreiflich bei einem Ereignis, das von fast niemandem für möglich gehalten worden war, nicht einmal von den wahrlich an viele taktische Windungen und Wendungen gewöhnten Parteigängern der Sowjetunion.

Nicht ganz verständlich also, wenn der damals in Paris lebende Alexander Abusch (nachmals stellvertretender Ministerpräsident der DDR) sich noch rückblickend, aus dem Abstand von über vierzig Jahren über diese Reaktionen wortreich entrüstet: „Nach dem Paukenschlag aus Moskau brach über die französischen und ausländischen Kommunisten eine Sturzflut an Lüge und Verleumdung herein, wie es sie bisher nie gegeben: etwas Ähnliches wie eine geistige ‚Kristallnacht', zwar ohne öffentlich zerschmetterte Scheiben, ein durch Zeitungen und Rundfunk angeheizter politischer Pogrom"[18]. Umgekehrt wird ein Schuh draus, denn die hochgehende

hatten es indes (unter der bei solchen Projekten bewährten Leitung von Otto Katz/André Simone) für richtig gehalten, sich des im Hause Münzenberg üblichen Gemischs aus Dichtung und Wahrheit, Zwecklüge und Deduktion zu bedienen, anstatt beweiskräftiger Fakten allein. De Jong: „Dieses Buch schildert die Spionagetätigkeit von 48000 Agenten. Es enthält Aufzeichnungen über eine Zusammenkunft aller führenden Gestapobeamten, die mit Auslandsarbeit beschäftigt waren, vom März 1935, an welcher Himmler teilgenommen hatte. In dieser Aufzeichnung ist von 2450 bezahlten und mehr als 20000 ehrenamtlichen Agenten die Rede" (Louis de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg, S. 23 f.). Während das Buch bei seinem Erscheinen sogar in der Exilpresse nur ein sehr begrenztes Echo gefunden hatte, tauchte es jetzt, vier Jahre später, inmitten des defaitistischen Klimas, als wichtiger ‚Beweis' in der einschlägigen französischen Horrorliteratur wieder auf. Die 20000 ehrenamtlichen Agenten begannen, sich auf eine für ihre Urheber höchst unerwartete, fürchterliche Weise zu materialisieren.

[18] Alexander Abusch, Der Deckname, S. 478 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Woge der Emotionen beweist letztlich ja nur, wieviel moralischen Kredit die Sowjetunion Stalins noch immer und trotz allem besessen – und nun eingebüßt hatte. Es waren ja nicht nur Politiker der Rechten, nicht nur Erzreaktionäre und Imperialisten, es waren auch nicht allein konkurrierende Linke oder Reformisten, es war vor allem die vox populi, die den moskautreuen Kommunismus nunmehr des Landesverrats für fähig hielt und die Kommunisten für wenigstens potentielle, wenn nicht gar für bereits überführte Landesverräter ansah. Nicht grundlos hat ja die KPF als erste Reaktion (und vor dem Eintreffen gegenteiliger Weisungen aus Moskau) eine nationale Politik propagiert und befolgt, nicht grundlos hat sie der rechten Regierung Daladier die Kriegskredite bewilligt und wieder und wieder versichert, „die erste Reihe" in der Landesverteidigung gegen den Hitlerfaschismus beziehen zu wollen: es war dies die einzig mögliche Strategie, mit der sie hoffen konnte, ihr politisches Überleben zu sichern.

Die deutsche Emigration wurde von diesen politisch-psychologischen Auswirkungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags in ihrer Gesamtheit betroffen, obwohl sie nur einen Bruchteil von Kommunisten aufwies. Nunmehr galt auch noch auf einem anderen als dem nationalen Felde ihre ‚Unzuverlässigkeit' für erwiesen. Ungeliebte Minderheiten büßen ja stets in corpore für tatsächliche oder vermeintliche Missetaten von einzelnen aus ihrer Gruppe, und so erweiterte sich die Skala des Mißtrauens nunmehr auch um einen ideologisch-politischen Faktor: da jetzt selbst die angeblich entschiedensten Antinazis unter den réfugiés allemands sich als Bündnispartner der Nazis entpuppten, waren sie eben alle politisch verdächtig. Diese katalysatorische Wirkung, die der Nichtangriffsvertrag ganz ohne Zweifel besaß, wurde auch dadurch nicht geringer, daß die KPF nach einigen Wochen den Patriotismus ihrer Anfangslosungen desavouierte und sich auf die diametral entgegengesetzte Moskauer Linie begab (bis hin zur Desertion von Maurice Thorez aus der französischen Armee und seiner Flucht in die Sowjetunion), auf diese Weise das kommune Vorurteil bestätigend. Da dessen sogar Franzosen fähig waren – was konnte man von den „sales métèques" Besseres erwarten? Unversehens war so der Kommunismusverdacht zur gefährlichsten unter den vielen schillernden Facetten des fremdenfeindlichen Syndroms geworden, und auf diesem Hintergrund wird man zu verstehen haben und zu würdigen wissen, was Franz Dahlem, der Leiter des Pariser KPD-Sekretariats und ranghöchste Kommunist des Westemigration, zum Klima der letzten Friedenstage in Paris überliefert hat:

„So brachten die entfachte antikommunistische Hysterie und die sie begleitenden Verfolgungen unsere Genossen noch vor Beginn des Krieges in eine schwierige Lage. Unter dem Druck dieser scharfen Attacken des Staates, der reaktionären Presse und der einheimischen Faschisten begannen sich auch die Bande der Solidarität der Bevölkerung mit den Politemigranten zu lockern, vor allem – von Tag zu Tag spürbarer – gegenüber deutschen Antifaschisten. Kennzeichnend für das Aufkommen des französischen Chauvinismus war eine ‚Kleinigkeit': Überall konnte man während jener Tage, ausgenommen im Kreise von französischen Kommunisten, das mit Verachtung ausgesprochene Wort ‚boche' hören. Jenen Schimpfnamen

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die Deutschen kannten die Älteren von uns, vor allem diejenigen aus dem Rheinland und dem Saargebiet, bereits aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Die Zahl der Menschen nahm jedenfalls vor Beginn des Zweiten Weltkrieges täglich zu, die mit den ‚boches' nichts zu tun haben wollten. In der Mehrheit der Fälle geschah das keineswegs, soweit unsere Genossinnen und Genossen mit Franzosen zu tun hatten, aus einer chauvinistischen Haltung heraus, sondern aus Furcht vor der französischen Polizei. Es nahmen nämlich sprunghaft die Denunziationen gegen jene zu, bei denen Kontakte mit Ausländern, speziell mit Deutschen, beobachtet worden waren. Der schlimmste ‚Makel' allerdings, der einem Emigranten zu jener Zeit anhaftete, war es dennoch, als Kommunist verdächtig zu sein."[19]

Das in puncto „Boche" Gesagte deckt sich weitgehend mit den Erfahrungen, die andere Exilierte seinerzeit in allen Teilen Frankreichs gemacht haben, und ein Fragezeichen wird man lediglich hinter Dahlems Behauptung setzen dürfen, wonach ausgerechnet die französischen Kommunisten vom Antigermanismus frei geblieben sein sollen. Dagegen spricht nicht nur, daß der eine oder andere Exilierte – Henry Jacoby zum Beispiel[20] – über gegenteilige Erlebnisse berichtet, dagegen spricht unfreiwillig auch eine viel gravierendere Erfahrung, die niemand anderes als Franz Dahlem selbst in den letzten Augusttagen hat machen müssen: eine Erfahrung, die ihn recht drastisch über die Grenzen der Solidarität aufklärte, welche französische Kommunisten ihren deutschen Genossen entgegenbrachten oder besser: die sie ihnen gerade da nicht bewahrten, als sie in einer Krisensituation dringend gebraucht wurde. Man schrieb den 27. August, als Dahlem, der in der Parteihierarchie ranghöchste deutsche Kommunist in Frankreich, in seiner getarnten Wohnung den unerwarteten Besuch einer subalternen Parteiarbeiterin erhielt. Sie brachte ihm einen „bleischweren" Koffer und erstattete Bericht:

„Am frühen Samstagnachmittag war sie zum zweiten Treff mit dem Kurier gefahren . . . . Sie waren wie üblich zusammengetroffen, und der Genosse nahm ihre Post in Empfang, aber händigte ihr zugleich einen Gepäckschein vom Gare de l'Est mit der Erklärung aus, daß er gezwungen gewesen sei, dort einen Koffer zu deponieren, den ihm einer unserer Kuriere, eine Genossin, übergeben hatte. Letztere hatte ihn wiederum von einem französischen Genossen erhalten, der keine Unterstellmöglichkeit mehr wußte, da die bisherigen ‚Besitzer' sich strikt weigerten, ihn auch nur einen Tag länger aufzubewahren. Unser Kurier, der darin wichtige Ablagen des Sekretariats vermutete, wußte sich zunächst keinen anderen Rat, als den Koffer auf dem Pariser Ostbahnhof aufzugeben, da er ja damit nicht in der Stadt umherlaufen konnte, wo man sich ohnehin vor Paßkontrollen der Polizei vorzusehen hatte"[21].

---

19 Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 379.

20 Jacoby erwähnt en passant, daß sein Freund, der Soziologe Ludwig (Lewis) Coser mit einer jungen Französin zusammenlebte, „die Mitglied der französischen KP war, wo sie allerdings bald mit scheelen Augen angesehen wurde, weil sie mit einem ‚Boche' zusammenlebte, der noch obendrein zu einer ‚trotzkistischen Verschwörerbande' gehörte" (Henry Jacoby, Davongekommen. Zehn Jahre Exil 1936–1946, Frankfurt am Main o. J. (1983), S. 49 f.).

21 Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 402 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Inmitten einer Millionenstadt, die Hunderttausende französischer Kommunisten zu ihren Bewohnern zählte, wußte sich die deutsche Kommunistin also keinen anderen Rat, als ausgerechnet den führenden deutschen Genossen mit Geheimmaterialien zu behelligen (und zu gefährden). Dahlem hatte demnach tatsächlich Grund zu weiterreichenden Befürchtungen: „Was ist mit den anderen untergestellten Materialien los?" Noch beunruhigender sei die Ungewißheit gewesen, ob jene „bisher für zuverlässig gehaltenen Menschen in jedem Falle das untergestellte Gepäck zurückgäben, wenn sie es nicht länger behalten wollten, oder ob sie es nicht in dem einen oder anderen Fall an die Polizei ausliefern würden"[22]. Wie sich anderntags herausstellte, war Dahlems Sorge berechtigt. Er erfuhr, „daß der am Sonntag bei mir gelandete Koffer keineswegs der einzige war, den französische Freunde auf die Wanderschaft geschickt hatten. Es war also eine regelrechte Krisensituation für unsere Arbeit entstanden." In der Folge berichtet Dahlem denn auch über weitere einschlägige Fälle, einer dramatischer als der andere, allesamt aber charakteristisch dafür, daß französische Kommunisten ihre deutschen Genossen in einer Gefahrenstunde vielleicht nicht „Boches" nannten, sie aber fast wie solche behandelten – und auf jeden Fall im Stich ließen.

In der Tat waren nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von allen deutschen Exilierten die Kommunisten am meisten bemakelt und verdächtig, unschuldige erste Opfer des Vertrags, der sie isolierte; der sie selbst von Gesinnungsgenossen anderer Nationalität trennte, der sie darüberhinaus, viel schlimmer noch, ihres politischen Selbst- und Weltverständnisses, ja, ihrer politischen Identität als Antifaschisten zu berauben drohte. Welche zustimmenden Verlegenheitsphrasen die offiziellen Parteikommuniqués auch immer vorbringen, welche weltpolitischen Apologien sie unter äußerster Strapazierung von Kausalität und Logik bemühen mochten: für den exilierten Kommunisten barg der Nichtangriffsvertrag die Gefahr, daß er den Sinn seines politischen Denkens und Handelns seit 1933 auslöschte, ganz davon zu schweigen, daß er seine ideellen Zukunftsperspektiven ebenso ins Wanken brachte wie er seine künftige Existenz im Gastland in Frage stellte.

Das Internierungslager als Durchgangsstation zur Kriegsteilnahme?

Diese subjektiven Folgen des weltpolitischen Ereignisses mußten wenigstens angedeutet und in ihren Dimensionen grob umrissen werden, damit der Hintergrund sichtbar werde, auf dem und aus dem heraus das von Dahlem geleitete KPD-Sekretariat in Paris, die operative Leitung der KPD im westlichen Ausland, versucht hat, mit der politischen Existenzberechtigung auch die ideologische Identität und die moralische Reputation der in Frankreich lebenden deutschen Kommunisten zu bewahren – indem entgegen dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag und

[22] Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entgegen den Moskauer Intentionen ihre Aufnahme in die Ausländereinheiten der französischen Armee ermöglicht und so ihre Teilnahme am Krieg gegen Hitler erreicht werden sollte.

Aus der Distanz und mit dem Nachwissen von fast fünfzig Jahren ist diese Absicht nur unrealistisch zu nennen. Verwegen, wenn nicht hasardeurhaft bleibt sie auch dann, wenn man sie in die Zeitverhältnisse stellt, denen sie ihre Entstehung dankte. Inmitten der Irrungen und Wirrungen und Umbrüche des Augusts 1939, vor allem aber auf der Folie der vorangegangenen Jahre betrachtet, wächst dem Plan indessen noch anderes zu. Der verzweiflungsgeladene Mut, mit dem da alles auf eine Karte gesetzt wurde, wirkt nicht nur imponierend, er gibt dem Vorhaben auch eine beinahe tragische Note. Insgesamt ist es mit allen seinen irrealen Elementen – die den Beteiligten freilich nur als Unwägbarkeiten in einer Situation erschienen sein dürften, in der jeder Schritt und jede Verhaltensweise ähnliche, zum Teil sogar größere Risiken in sich bargen – mit all diesen Imponderabilien also ist das Vorhaben aber auch ein charakteristischer Reflex der wesentlich vom Nichtangriffsvertrag geschaffenen bizarren Lage. Der Plan gehört zur Vorgeschichte der Internierungen und ist mit diesen auf vielfältige Weise unlösbar verknüpft, am sichtbarsten durch die spektakuläre, auf dem weiten Feld der Exilorganisationen einzig dastehende Weisung des KPD-Sekretariates an seine Untergebenen, d.h. an alle deutschen Kommunisten, jener Aufforderung der französischen Behörden zur Meldung in den „centres de rassemblement" Folge zu leisten, die wir oben zitiert haben. Um das Phänomen der Internierung zu verstehen, muß von dem Vorhaben also ausführlich die Rede sein.

Nun wird aber bekanntlich auch Parteigeschichte von den Siegern geschrieben – zu denen das Pariser KPD-Sekretariat innerparteilich nicht gehörte. Seine Absichten und erst recht sein Handeln waren aus der maßgeblichen Moskauer Sicht ein eklatanter Disziplinbruch, wenn nicht Schlimmeres, zumal gegenteilige Anweisungen der Komintern vorgelegen zu haben scheinen. Der Komintern-Kurier Friedrich Runge jedenfalls, unterstellt dem Komintern-Vertreter bei der KPF, Jenö Fried, schreibt in seinen, in einem parteioffiziellen Ostblock-Organ erschienenen „Erinnerungen an die Komintern": „Unmittelbar vor der Mobilmachung in Frankreich fuhr ich mit Jenö Fried nach Brüssel ... Noch am selben Tag traf Fried einen Beauftragten der Komintern, der ihm ein Telegramm übergab, das den Befehl für unsere (Inprekorr-)Redaktion enthielt, sofort die Übersiedelung (aus Frankreich – HAW) sicherzustellen, weil ein Krieg vor der Tür stehe. Außerdem sollten ausländische Genossen, die sich illegal in Frankreich aufhielten, unverzüglich abreisen, damit ihre Internierung verhindert werde. Fried durfte nicht mehr nach Frankreich zurück, so daß ich diese Nachricht unserer französischen Partei persönlich überbringen mußte."[23] Ob dieser Befehl, der über die Abreise der Spitzenkader nur indirekt – im

[23] Bedřich Runge, Vzpominky na Kominternu, in: Příspěvky k dějinam KSČ, Prag 1959, H.7, S.67. Für diesen Hinweis und für die Übersetzung der Quelle aus dem Tschechischen danke ich Herrn Dr. Jan Foitzik, Ludwigshafen.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenhang der Illegalität – etwas sagt, bei der KPF ‚hängengeblieben' ist oder ob er Dahlem erreicht hat und von diesem ignoriert wurde, läßt sich nicht ausmachen. Aber wie auch immer, verletzt worden war auf jeden Fall die vielberufene Treue der Kommunisten zur Sowjetunion, die zu beteuern nicht nur die siegreichen Geschichtsschreiber nicht müde werden, sondern in ihren Memoiren selbst noch damals Unterlegene (wenngleich letztere vielleicht nicht immer ganz aufrichtig).

Es versteht sich demnach, daß ein so gravierender Verstoß gegen dieses Prinzip in der historischen Literatur wie in den Memoiren von Beteiligten nicht offen thematisiert werden kann; daß er im Gegenteil tabuisiert und nur insoweit retuschiert und auf Äußerliches reduziert zur Sprache gebracht wird, wie nicht wegzudiskutierende Neben- und Nachwirkungen eine „Erklärung" unumgänglich machen. Weshalb der damals primär Handelnde – Franz Dahlem – bei seiner Darstellung von dieser Regel keine Ausnahme bildet, sollte keiner Begründung bedürfen; allerdings ist es auch kein Widerspruch, daß er mit beinahe brechtischer List und den Techniken eines Palimpsests die tatsächlichen Vorgänge für den kundigen Leser andeutet. Eher muß erklärt werden, weshalb sich ein Zeuge, der sich – wenigstens post festum – als Widersacher und Opponent der damaligen Intentionen und Entscheidungen des Pariser KPD-Sekretariates zu erkennen gegeben (oder zu stilisieren versucht) hat, den Bruch der Parteidisziplin durch seinen damaligen Fraktionsgegner nicht offen benennt und in seinen tatsächlichen Dimensionen umreißt, sondern sich stattdessen gleichfalls einer verharmlosend-retuschierenden Sprachregelung bedient. Kein Zweifel, daß er – die Rede ist von Alexander Abusch – sich in den frühen fünfziger Jahren ganz anders geäußert haben würde: als Franz Dahlem, der ‚Rivale' Walter Ulbrichts, unter anderem wegen seines „kapitulantenhaften Verhaltens" und wegen des Mangels an Vertrauen zur Sowjetunion aller Parteiämter enthoben worden war. Nach der Rehabilitierung Dahlems im Jahre 1956 und insbesondere nach dem Ende der Ära Ulbricht in der DDR wären solche Attacken aber gleichermaßen inopportun wie chancenlos gewesen.

Da zur Rekonstruktion der Vorgänge weder das Parteiarchiv der SED noch die partiell gleichfalls relevanten Archivalien der französischen Regierung zur Verfügung stehen, muß die Darstellung des tabuisierten Komplexes primär auf das unzulängliche und durch die vielfältigen Verwerfungen der Parteigeschichte von KPD und SED noch zusätzlich getrübte „offizielle" Quellenmaterial der DDR zurückgreifen, ohne sich aber darauf generell beschränken zu müssen; denn glücklicherweise stehen auch ein paar andere Belege zur Verfügung. Auch muß die einschlägige östliche Memoirenliteratur in einer sorgfältig-kleinteiligen Analyse mit den Ereignissen und Daten des politischen Umfeldes konfrontiert und auf Übereinstimmungen oder Brüche untersucht werden.

Dabei beginnt man wohl am besten mit der Situation der KPD-Emigration in Frankreich während der unmittelbaren Vorkriegsmonate und -wochen. Folgt man Franz Dahlem, so waren Existenz und Tätigkeit des Pariser KPD-Sekretariates von der „uneingeschränkten Legalität und dem politischen Masseneinfluß" der Kommu-

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nistischen Partei Frankreichs als von einer conditio sine qua non abhängig[24]. Eine weitere, zentral bedeutsame Abhängigkeit habe auf dem Felde der „materiellen Unterstützung" für das „Gros der Genossen" durch den „Secours Populaire" bestanden, das französische Pendant der einstigen „Roten Hilfe"[25]. Im Klartext heißt das, die auf eine Illegalität in Frankreich nicht vorbereitete KPD[26] sei in faktisch allen lebenswichtigen Bereichen von der KPF abhängig gewesen – welche ihrerseits auf eine illegale Existenz ebenfalls nicht vorbereitet war, nicht für ihre eigenen Kader und Aktivitäten, erst recht nicht im Hinblick auf die von ihr abhängigen Kommunisten anderer Nationalität. In Parenthese: den in seinen Feststellungen implicite enthaltenen Vorwurf an die Adresse der KPF, sie habe eine konspirative und illegale Tätigkeit nicht ins politische Kalkül eingestellt, diesen Vorwurf hat Dahlem aus gutem Grund nicht ausdrücklich thematisiert. Trotz aller Härte der innenpolitischen Konfrontation im Frankreich von 1938/39 hatte für die Massenpartei, die die KPF war, dazu keine Notwendigkeit bestanden. Sie wurde erst durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag auf die Tagesordnung gesetzt, durch ein Ereignis mithin, das auch in den westeuropäischen kommunistischen Parteien niemand für möglich gehalten hatte. Das völlig Unerwartete dieser sowjetischen Kehrtwendung bestätigt selbst Alexander Abusch, der sich in seinen, kurz vor Dahlems Tod erschienenen Memoiren zum scharfen Kritiker an dessen die Internierung betreffender Weisung aufgeworfen hat. Zwar will Abusch durch das im März 1939 auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) gefallene Stalin-Wort von den „Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen" und denen man nicht die Möglichkeit geben dürfe, „unser Land in Konflikte hineinzuziehen" – zwar will Abusch durch diese Sentenz irritiert worden sein. Das ist allerdings eine Behauptung, die mangels zeitgenössischen Belegs unüberprüfbar bleibt. Immerhin aber räumt Abusch, seinen angeblichen Weitblick relativierend, selbst ein:

„Rückschauend erinnere ich mich, daß wir nur ein paar Tage rätselten; dann ging das Leben hektisch weiter. Und das Leben war unser unbedingter Kampf für die Kollektivität in der europäischen Sicherheit gegen Hitler. Franz Dahlem und das Sekretariat der Partei waren, da Franz eng Kontakt mit führenden Genossen der

---

[24] Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 386.

[25] Ebenda, S. 394.

[26] Sie konnte darauf schlechterdings auch gar nicht vorbereitet sein, wenn man allein an das Sprachproblem denkt. Falsche (und das heißt: französische) Identitätspapiere allein hätten ja wenig genützt, selbst wenn man unterstellt, ihre Beschaffung für eine große Zahl von Personen sei möglich gewesen. Der allfallsige Inhaber mußte sich mit ihnen ja auch glaubhaft bewegen können und primär der Landessprache so mächtig sein, bis in den Argot hinein, wie man das von dem französischen Arbeiter erwarten durfte, den er zur Not vorstellen sollte. An der Kenntnis des Französischen fehlte es aber nicht nur bei der proletarischen Basis der KPD. Selbst ein Funktionär der mittleren Führungsschicht wie Abusch lernte die Anfangsgründe der Landessprache erst 1937 durch einen Kurs auf der Berlitz-School kennen, und er überliefert das Faktum mitsamt einem aufschlußreichen Kommentar Walter Ulbrichts: „Einer von uns muß ja schließlich gut Französisch können" (Alexander Abusch, Der Deckname, S. 428).

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

französischen Bruderpartei hielt, auf diese an sich richtige, den Frieden rettende, die Menschheit vor Millionen Opfern bewahrende politische Linie des Kampfes für die kollektive Sicherheit eingeschworen. Nachträglich erhebt sich die Frage (eigentlich stellten wir sie uns im Ansatz schon ein Dreivierteljahr später, ich gemeinsam mit (Anton) Ackermann, als bereits alles düster geworden war): Haben wir in Paris die Dialektik der Geschichte mit ihren möglichen jähen Wendungen in jenen Monaten voll bedacht? Nein, wir taten es nicht. Technische Pannen von politischer Tragweite sind nur möglich, wenn eine an sich gute Politik nicht auf alle Möglichkeiten hin für die Praxis durchdacht ist. Wir dachten zu sehr an die eine, alles überragende Notwendigkeit – und dadurch: an die eine Möglichkeit ihres Gelingens. Wir sollten die Folgen am eigenen Leib erleben."[27]

Was soll der rätselhafte Hinweis auf „technische Pannen von politischer Tragweite"? Sollte damit gemeint sein, daß die von Runge überbrachte Komintern-Weisung zur Abreise aus Frankreich aus irgendeinem Grunde ihre Endadressaten nicht erreichte? Der Seitenhieb ist vorläufig nicht zu klären, und überhaupt müssen wir uns, so reizvoll es auch wäre, Logik und Sprache dieser Passage genauer zu untersuchen, eine solche Analyse versagen. Wichtig ist in unserem Kontext nur, daß Abusch einräumt, auch seine Hoffnungen seien einzig aufs Zustandekommen eines west-östlichen Verteidigungsbündnisses gegen Hitlerdeutschland gerichtet gewesen; daß er zugibt, er habe diese Entwicklung, gleich allen anderen Kommunisten, für die einzig wahrscheinliche gehalten – nicht grundlos bedient er sich des Plurals. Dahlem und das Pariser Sekretariat nennt er auf diese Politik ebenso „eingeschworen" wie die „führenden Genossen der französischen Bruderpartei" – quod erat demonstrandum. Und das heißt an dieser Stelle für uns: da dem so war, konnte Dahlem bei Niederschrift seiner Erinnerungen im Jahr 1977 die französische Bruderpartei auch nicht expressis verbis kritisieren, weil sie gegen die gänzlich irreal erscheinende Möglichkeit eines Parteiverbots keine Vorsorge getroffen, weil sei keine illegalen Auffangorganisationen geschaffen hatte. Da sich Dahlem 1977 aber nicht nur die Rechtfertigung seiner eigenen Entscheidungen des Jahres 1939 zum Ziel gesetzt hatte, sondern auch die Apologese des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags, mit dem seine Entscheidungen kollidiert hatten: da Dahlem es somit unternommen hatte, die Quadratur des Kreises zu beweisen, mußte er sich hier – und nicht nur hier – bedeckt halten.

Totale Abhängigkeit der KPD von der KPF also, dies ist der Tenor von Dahlems Ausführungen. Insbesondere bei Asylrechtsfragen habe sie zu Konsequenzen geführt, denen das Pariser Sekretariat nicht habe ausweichen können. „Von unserer Pariser Emigrationsleitung (d. h. von der legalen, nicht konspirativ arbeitenden KPD-Organisation im Lande – HAW) wußten wir, daß von der Leitung des Secours Populaire unseren Genossen geraten worden war, sich strikt nach den Bestimmungen des französischen Innenministeriums für Ausländer zu richten, damit den Behörden keine Vorwände geliefert würden, gegen unsere Genossen im ‚Interesse

[27] Alexander Abusch, Der Deckname, S. 467 f.; vgl. im selben Sachzusammenhang auch S. 476.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Sicherheit des Landes' vorzugehen"[28]. Dahlem bettet diesen Rat des französischen Hilfskomitees in das Referat ein, das er vom Verlauf einer Sitzung des KPD-Sekretariates gibt, welche am 25. August 1939 stattgefunden hatte. An diesem Datum war der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag schon zwei Tage alt, und infolge dieses Abkommens war es auch schon zu Repressionen der französischen Regierung gegen die KPF gekommen, obwohl sich die KPF nicht genug tun konnte, ihre nationale Zuverlässigkeit zu beteuern. So war die kommunistische „Humanité" vom 25. August durch die Polizei beschlagnahmt worden. Als es der KPF am folgenden Tag gelang, legal noch eine Nummer ihres zentralen Organs herauszubringen, enthielt es erneut ein vollmundiges Bekenntnis zur Landesverteidigung[29].

Diesen übergeordneten politischen Zusammenhang muß man sich vergegenwärtigen, wenn Dahlem den ‚Rat' des Secours Populaire zu strikter Befolgung des französischen Ausländerrechtes mit einer von den Behörden angeordneten Ausländerzählung in Zusammenhang bringt; unmittelbar an die eben zitierte Stelle anschließend, heißt es:

„Dieser Hinweis betraf vor allem die am 22. Juli 1939 im ‚Journal Officiel' abgedruckte Verordnung, deren wichtigste Bestimmungen unsere ‚Deutsche Volks-Zeitung' unmittelbar danach in ihrer Ausgabe vom 30. Juli ihren Lesern mitgeteilt hatte. Diese Verordnung sah eine allgemeine Zählung der in Frankreich lebenden männlichen Ausländer zu genau ausgewiesenen Zeiten vor, und zwar jener Ausländer, die ‚entweder keine Nationalität besitzen' oder die ‚erklären, Flüchtlinge in Frankreich zu sein, und Asyl genießen'. Die Umgehung dieser Registrierung war vor allem wegen einer Festlegung höchst problematisch, die nämlich besagte, daß diejenigen Ausländer, die bei der Zählung ihre Flüchtlingseigenschaft nicht geltend machen, diese dann auch nicht mehr anführen können, wenn sie in der Folgezeit aus Frankreich ausgewiesen werden sollten. Es hieß in dem Dekret weiter, daß das gleiche für jene gelten würde, die nicht innerhalb von 20 Tagen der Registrierungsanordnung Folge leisten sollten. Im Juli war für diese Ausländerzählung noch ein Zeitraum vorgesehen, der – nach Jahrgängen gestaffelt – bis zum 1. September 1940 reichte. Lediglich Emigranten im Alter von 20 bis 27 Jahren sollten schon bis zum 1. September der Aufforderung zur Registrierung folgen. Nach Kriegsbeginn war für alle die

[28] Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 394.

[29] Ebenda, S. 366 f. – Dahlem gibt den fraglichen Artikel so wieder: „Unter der Überschrift ‚Einheit der französischen Nation gegen den Hitlerschen Aggressor' konnten wir dort lesen: ‚In den ernsten Stunden, die unser Land und die Welt erleben, im Moment, in dem die Regierung die notwendigen Maßnahmen zur Verteidigung Frankreichs ergreift (gemeint war hiermit die bereits angeordnete Teilmobilmachung der Streitkräfte – F. D.), kommt es für alle jene, die die Unabhängigkeit und die Zukunft der Nation retten wollen, nicht darauf an, sich in verschiedene Interpretationen der Ereignisse zu verlieren ... Es ist nötig, daß Frankreich unter den bestmöglichen Bedingungen imstande ist, eine Haltung der Festigkeit zu wahren und seine Verpflichtungen gegenüber seinen politischen Verbündeten einzuhalten ... Die Stunde verlangt die Einheit der Franzosen. Wenn Hitler die Absicht, die er im Schilde führt, zu verwirklichen wagt, werden die französischen Kommunisten in der ersten Reihe der Verteidiger der Unabhängigkeit der Völker, der Demokratie und des gefährdeten demokratischen Frankreichs sein.'"

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frist, sich zu melden, auf wenige Tage zusammengedrängt, aber auch dann galt diese Aufforderung zunächst nur für die Männer."[30]

Der Leser muß bei diesem Referat den Eindruck gewinnen, es handle sich um die eingangs von uns zitierte Aufforderung zur Meldung in den sogenannten „centres de rassemblement" resp. auf den Bürgermeisterämtern und Polizeirevieren, welche zur euphemistischen Umschreibung für die Internierungen gedient hatte. Dies legt schon der Zeitpunkt nahe, zu dem Dahlem die Verordnung vom 22. Juli 1939 zur Sprache bringt – eben am 25. August, kurz vor Kriegsbeginn. Am stärksten gefestigt wird dieser Eindruck durch den letzten Satz, der ja nur so zu verstehen ist, daß die zunächst auf ein gutes Jahr verteilten „Registrierungen" nunmehr auf kürzeste Frist konzentriert worden seien – die den Internierungen vorangegangene Aufforderung war ja tatsächlich ganz kurz befristet, in Paris nämlich auf die zeitlich unbestimmte, aber zu höchster Eile gemahnende Formel „immédiatement et sans délai". Überdies berührt Dahlem den Zweck der Ausländerzählung mit keinem Wort, ganz, als sei es ausgemachte Sache, daß die am 22. Juli angeordnete „Registrierung" als administrative Vorbereitung auf die erst im September einsetzenden Internierungen angesehen werden müsse.

Tatsächlich diente die Zählung aber einem ganz anderen Zweck als dem, den Dahlem mit Art und Zeitpunkt seiner Darstellung sowie mit seiner Argumentation insinuieren möchte. Sie war im Zusammenhang mit der Militärdienstpflicht für Ausländer angeordnet worden, war also eine Ausführungsbestimmung der oben erwähnten Verordnung vom 12. April 1939, und sie betraf denn auch die waffenfähigen Jahrgänge zwischen 1891 und 1919, zwischen dem 20. und dem 48. Lebensjahr[31] – will sagen, die zu zählenden Jahrgänge stimmen mit den Altersbegrenzungen nicht überein, die bei der die Internierung präludierenden Meldeaufforderung vorgeschrieben waren. Ferner und noch gravierender: hier ist generell von Ausländern die Rede und nicht etwa, wie in dem Internierungsaufruf, von den „ressortissants du sexe masculin de l'Empire allemand". Kurzum, die Verordnung vom 22. Juli 1939 legte den von ihr betroffenen Ausländern, jenen, die zwischen dem 1. Januar 1891 und dem 1. Januar 1919 geboren waren, auf, sich zwischen dem 28. August 1939 und dem 7. Oktober des gleichen Jahres bei den Polizeikommissariaten ihres Aufenthaltsortes registrieren zu lassen[32]. In einer von Münzenbergs „Zukunft" abgedruckten Erinnerung an die Leser hieß es dazu unter dem Titel „Meldungspflicht militärpflichtiger Ausländer":

---

30 Ebenda, S. 394 f.

31 Barbara Vormeier, Dokumentation zur französischen Emigrantenpolitik, S. 216. In dieser ersten Publikation hat Vormeier die Verordnung noch unter die die Internierung vorbereitenden Maßnahmen eingereiht. In der späteren französischen Version (Quelques aspects . . .) geschieht das nicht mehr. Kurt R. Grossmann führt die Verordnung sachlich zutreffend unter den die militärische Dienstverpflichtung betreffenden Bestimmungen an, datiert sie allerdings irrtümlich auf den 22. Juni 1939 (Kurt R. Grossmann, Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt am Main 1969, S. 195).

32 DZ, 2. Jg., Nr. 35 v. 28. 8. 1939, S. 12.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„In Durchführung der Verordnung vom 20. Juli 1939 (über die Zählung staatenloser und das Asylrecht genießender Ausländer zur militärischen Verwendung) wird nunmehr die Registrierung im Seine-Departement vorgenommen werden und zwar: 1. der staatenlosen Ausländer männlichen Geschlechts, die zwischen dem 1. Januar 1891 und dem 1. Januar 1919 geboren sind. Infolgedessen müssen sich alle Ausländer, die unter die vorgenannten Kategorien fallen, die Anspruch auf die Flüchtlingseigenschaft erheben und die Absicht haben, weiterhin in Frankreich zu bleiben, auf das Polizeikommissariat ihres Aufenthaltsortes begeben, und zwar gemäß den Anfangsbuchstaben ihrer Familiennamen an einem der nachfolgenden Tage." Daran schloß sich nun die Buchstabentabelle an, beginnend mit A, Meldetermin 28. und 29. August 1939, bis hin zu V, W, X, Y und Z, die auf den 4. bis 7. Oktober 1939 terminiert waren. Danach hieß es weiter, die „Situation dieser Ausländer" werde „geprüft und, wenn nötig, geregelt werden". Gemeint war die aufenthaltsrechtliche Situation, und das Wort „geregelt" stellte die Legalisierung in Aussicht. Weiter: „Die Ausländer, die auf Grund des Rekrutierungsgesetzes (vom 12.4. 1939 – HAW) bereits erfaßt worden sind, werden von dieser Registrierung nicht betroffen. Jene Ausländer, die sich unter den vorstehend wiedergegebenen Bedingungen nicht melden, können in der Folge den Anspruch auf die Eigenschaft von Flüchtlingen nicht mehr für sich geltend machen."

Man sieht, wo diese Quelle mit Dahlem übereinstimmt und wo sie über seine Darstellung hinausgeht: einmal in der Altersbegrenzung der Meldepflichtigen, vor allem aber beim Zweck des Verfahrens, der Ableistung der Militärdienstpflicht. Indessen ist dieser Rekurs auf eine dritte Quelle gar nicht nötig, um Dahlem zu widerlegen. Es genügt vollauf, wenn wir seine eigene Quelle heranziehen, die kommunistische „Deutsche Volks-Zeitung" vom 30. Juli 1939. Bei seinem Referat hat Dahlem nämlich zwei entscheidende Sätze weggelassen, den ersten und den letzten des Artikels: „Am 22. Juli 1939 ist im ‚Journal Officiel' eine Verordnung erschienen, die einen weiteren Schritt zur Durchführung der Dienstpflicht für Staatenlose und Flüchtlinge bildet." Und: „Eine weitere Verordnung wird die Musterung der Ausländer festlegen, sowie die Truppeneinheiten, innerhalb derer sie dienen, sowie die Dienstzeit bestimmen."[33]

Hatte die Ausländerzählung, Registrierung oder Meldepflicht somit zwar nichts mit den Internierungen zu tun – ob das KPD-Sekretariat am 25. August 1939 Verhaftungen befürchtet haben mag, steht auf einem anderen Blatt –, so stellt sich doch ein anderer Zusammenhang ganz zwanglos und unwiderleglich her: der zu dem von Dahlem auszugsweise zitierten Artikel der „Humanité" mit dem Titel „Einheit der französischen Nation gegen den Hitlerschen Aggressor". Sofern es also zutrifft, daß der Secours Populaire dem KPD-Sekretariat bzw. einer anderen KPD-Instanz einen „Rat" oder „Hinweis" auf die Einhaltung der Asylvorschriften gegeben hat, und sofern dieser „Rat" oder „Hinweis" tatsächlich die am 22. Juli 1939 im „Journal Officiel" abgedruckte Verordnung vom 20. Juli 1939 betroffen hat, dann kann man

[33] Deutsche Volks-Zeitung, Paris, 4. Jg., Nr. 31 v. 30.7. 1939, S. 6.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur feststellen, daß die politische Substanz der Angelegenheit die asylrechtliche bei weitem überwogen hat. Secours Populaire hätte dann nichts anderes getan, als die deutschen Kommunisten aufzufordern, ihr Scherflein zur französischen Landesverteidigung beizutragen, auf daß man sie, wie die französischen Kommunisten, „in der ersten Reihe der Verteidiger der Unabhängigkeit der Völker, der Demokratie und des gefährdeten demokratischen Frankreichs" finden möge. Dies, wie gesagt, zwei Tage nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags, auf den die KPF mit ihrer nationalen Losung geantwortet hatte. Angesichts des Rangs, den das KPD-Sekretariat in der Parteihierarchie einnahm, wird man wohl als das mindeste unterstellen dürfen, daß es sich über die politische Tragweite der Angelegenheit nicht im Unklaren gewesen sein kann[34].

Es kommt aber noch besser. Am Freitag, den 1. September, begann mit dem deutschen Einfall in Polen der Zweite Weltkrieg, seit 4 Uhr 45 in der Frühe wurde, laut Hitlers zynisch verlogenem Wort, „zurückgeschossen". Am gleichen Tag ordnete Frankreich zwar die Generalmobilmachung an, mehr aber noch nicht. Die Kriegserklärung an Deutschland erfolgte erst am Sonntag, den 3. September, nachmittags. Am Abend des Generalmobilmachungstags also – aber geben wir Dahlem besser selbst das Wort:

„In den Abendstunden des 1. September suchte mich in der Ivryer Wohnung Genosse Cornavin auf. Er war Mitglied des Zentralkomitees der französischen Bruderpartei und zugleich Deputierter des französischen Parlaments. Er kam im Auftrag von Genossen Thorez und überbrachte mir folgende Mitteilungen: Die französische Partei setze konsequent die von Maurice Thorez am 25. August entwickelte Linie der Verteidigung der Unabhängigkeit und Freiheit des Landes gegen den

[34] Wie sehr sich Franz Dahlem bei Niederschrift seiner Erinnerungen dieser Tatsache klargewesen ist, zeigen gleich mehrere Faktoren. Einmal seine Retuschen bei Wiedergabe der „Meldepflicht" resp. „Registrierung" resp. „Ausländerzählung", zum zweiten die auffällige Verlagerung des Referats der im Juli erlassenen Verordnung auf den 25. August und drittens endlich eine weitere, bisher hier nicht erwähnte Information. Dahlem behauptet auf S. 379 der Erinnerungen (Band 2): „Bereits in der Nacht vom 23. zum 24. August oder in der darauffolgenden verhaftete die Pariser Polizei die ersten kommunistischen Emigranten in ihren Wohnungen beziehungsweise Hotels und führte sie nach der ‚Santé' ab. Es war das jenes bereits seit der Dreyfus-Affäre berüchtigte Gefängnis für ‚staatsgefährliche' Gefangene. Allerdings wurde von dieser überfallartigen Aktion nur ein kleiner Kreis unserer Genossen betroffen." Keine andere Quelle, auch keine kommunistische, weiß etwas von dieser „Aktion", und was die DDR-Geschichtsschreibung angeht, so datiert sie die ersten (von den Internierungen zu trennenden) individuellen Verhaftungen völlig zu Recht fast eine volle Woche später (vgl. Dieter Schiller und andere, Exil in Frankreich, Leipzig 1981, S. 381). Für Dahlem ist das angeblich frühe Datum solcher Verhaftungen aber essentiell, denn ihm geht es ja darum, die Zwangslage zu demonstrieren, in der er sich damals befunden haben will. Um seinen politischen ‚Sündenfall' zu kaschieren, daß er nach dem Nichtangriffsvertrag dem Militärdienst deutscher Kommunisten im französischen Heer zumindest Vorschub geleistet hat, mußte er bemüht sein, die Befolgung diesbezüglicher französischer Anordnungen als zwangsläufig darzustellen, ohne sie jedoch beim Namen zu nennen. Der „Hinweis" des Secours Populaire wurde durch Verhaftungen schon am 23./24. oder 24./25. August natürlich noch gewichtiger: das also drohte, wenn man den „Rat" der Bruderpartei nicht befolgte, sich „strikt nach den Bestimmungen" zu richten.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

faschistischen Aggressor fort. Demzufolge werde die kommunistische Kammerfraktion der Regierung die geforderten Kredite bewilligen, aber gleichzeitig gegen die Verhaftung und Verfolgung der Kommunisten und die Unterdrückung ihrer Presse protestieren und die Aufhebung dieser Ungesetzlichkeiten verlangen. Entsprechend dieser politischen Linie würden die Kommunisten Frankreichs, ihre Deputierten eingeschlossen, den Einberufungsbefehlen Folge leisten. So werde sich Maurice Thorez zu seiner Pioniereinheit nach Arras begeben. Auch für die noch illegal in Paris lebenden Genossen der KPD sei es notwendig, daß sie ihre Papiere in Ordnung brächten, indem sie den Bestimmungen des Innenministeriums Folge leisteten, das heißt, sich ‚registrieren' ließen, damit sie nicht unter dem Vorwand der Spionage inhaftiert werden könnten. Dem Protest der französischen Partei sollten wir uns anschließen, um die Wahrung des Asylrechts und die Freiheit der bereits Inhaftierten zu fordern. Mit dem Hinweis auf die während der letzten Tage erfolgten Festnahmen einiger unserer Genossen, denen beim besten Willen keine Spionagetätigkeit für Deutschland unterstellt werden konnte, äußerte ich Zweifel, daß ein solcher Schritt, unsere Papiere in Ordnung zu bringen, tatsächlich eine Sicherheit für uns bedeuten würde. Genosse Cornavin antwortete mir darauf, daß es im Augenblick keine andere Möglichkeit gebe; wenn wir die Legalisierung vollzogen hätten, dann könne man weitersehen."[35]

Wiederum bildet der nationale Kurs der KPF den Hintergrund zu dem Stichwort „Registrierung", und wiederum geht aus Cornavins Hinweis auf die „Legalisierung" hervor, daß damit nur die „Meldungspflicht militärdienstpflichtiger Ausländer" gemeint gewesen sein kann. Dahlems Bemerkung über die „während der letzten Tage erfolgte Festnahmen einiger unserer Genossen" hatte freilich jetzt ebenfalls eine reale Grundlage. Kurz zuvor, nämlich in der Nacht vom 31. August zum 1. September, war es zu gezielten individuellen Verhaftungen von Exilierten gekommen; es ist aber nachweisbar, daß es sich bei den Opfern nicht ausschließlich um Kommunisten gehandelt hat. Ob den Verhafteten „Spionagetätigkeit für Deutschland" vorgeworfen wurde, kann dahingestellt bleiben; Dahlem hätte davon nur etwas erfahren können, wenn es ihm gelungen wäre, zu den Verhafteten Kontakt aufzunehmen. Davon schreibt er aber nichts, und es ist ohnehin auch unwahrscheinlich. Tatsächlich gibt Dahlems Äußerung einen Reflex von der allgemeinen Haltung, welche die Regierung Daladier seit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags gegenüber Kommunisten im Allgemeinen und gegenüber deutschen Kommunisten im Speziellen eingenommen hatte, eine Haltung, die Barbara Vormeier verallgemeinernd in einem Satz zusammenfaßt: „Le journal du Parti comm-

[35] Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 413 f. – Im unmittelbaren Anschluß an diese Gesprächswiedergabe druckt Dahlem Auszüge aus dem Pressekommuniqué ab, das die kommunistische Parlamentsfraktion am 1. September 1939 herausgegeben hatte. Was die Politik der KPF angeht, stimmt es mit den Informationen überein, die Dahlem von Cornavin erhalten zu haben angibt; die französischen Kommunisten erklärten sich erneut zum „besten Verteidiger der Demokratie und der Unabhängigkeit des Landes". Die Probleme der deutschen Kommunisten werden in der Veröffentlichung natürlich nicht berührt.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

uniste allemand (KPD) ayant approuvé la signature du pacte de non-agression entre Staline et Hitler, tous ses dirigeants (qui, dans leur attitude officielle, n'émettaient aucun doute sur la validité du pacte) passèrent pour des alliés virtuels du national-socialisme et furent considérés comme suspects par le gouvernement Daladier." Man sieht, wie Dahlem zum Spionagevorwurf gekommen sein kann (auch wenn man die Hysterie von der „fünften Kolonne" einmal außeracht läßt): deutsche Kommunisten galten der französischen Regierung mindestens als potentielle Verbündete der Nazis.

Es hat für Dahlem also tatsächlich einigen Anlaß zu Befürchtungen gegeben – nur daß sie sich noch immer nicht auf Indizien für eine mit einer „Registrierung" einhergehende allgemeine Internierung stützen konnten. Man schreibt noch immer Freitag, den 1. September 1939, die französische Kriegserklärung sollte erst am Sonntag, den 3. September erfolgen, und erst nach diesem Datum, genauer: frühestens an dem auf diesen Sonntag folgenden ersten Werktag, am Montag, den 4. September, kamen die Presseaufforderungen und Plakate heraus, mit denen das Kriegsministerium – und nicht das Innenministerium – die „ressortissants du sexe masculin de l'Empire allemand" zu den jeweiligen „centres de rassemblement" beorderte. Was schließlich diese „centres" selbst betrifft, so erfuhr man von ihnen überhaupt erstmals durch die Affichen des 4. September 1939. Nach wie vor geht es also bei den „Registrierungen" um die Kriegsteilnahme deutscher Kommunisten in den Ausländereinheiten der französischen Armee, und demzufolge ist auch nur sehr bedingt richtig, wenn Alexander Abusch in seinen Memoiren die Dahlem-Unterhaltung mit Cornavin so wiedergibt: „Aus Band 2 der Erinnerungen ‚Am Vorabend des zweiten Weltkrieges' von Franz Dahlem erfuhr ich erst in jüngster Zeit Genaueres: nämlich, daß der Genosse Cornavin ... am 1. September 1939 im Auftrag des Genossen Maurice Thorez zu ihm gekommen war und ihm eine Mitteilung überbrachte, die Mitglieder und Mitarbeiter der operativen Leitung sollten sich der Orientierung der französischen Bruderpartei unterordnen, zum Zwecke ihrer Legalisierung der Aufforderung des französischen Innenministeriums Folge leisten und sich während der nächsten Tage zum Stade de Colombes begeben"[36].

Kein Wort vom Stade de Colombes, dem Pariser „centre de rassemblement", bei Dahlem – er klittert viel umsichtiger –, und auch von der Beschränkung auf „Mitglieder und Mitarbeiter der operativen Leitung" ist die Rede bei ihm nicht gewesen. Abusch sollte eigentlich besser Bescheid wissen, worum es damals tatsächlich gegangen war. In einem Punkt allerdings bringt sein Referat den Vorgang wenigstens aus der Sicht der KPF auf den Begriff: daß nämlich Gaston Cornavin nicht eine bloße „Mitteilung" gemacht, sondern die deutschen Kommunisten aufgefordert hatte, sie „sollten sich der Orientierung der französischen Bruderpartei unterordnen". Der KPF mußte in der Tat wesentlich daran gelegen sein, daß die Exil-Dependancen der „Bruderparteien", daß insbesondere die deutschen Kommunisten sich ihrer Linie vorbehaltlos anschlossen. Unter den westlichen kommunistischen Parteien war die

[36] Alexander Abusch, Der Deckname, S. 491.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutsche vom Nichtangriffsvertrag am unmittelbarsten tangiert. Das Verhalten ihrer Spitzengremien in Frankreich war deshalb für die Glaubwürdigkeit der KPF von einer gewissen Bedeutung, wie wenig realen politischen Einfluß diese Operative Leitung der KPD tatsächlich auch besitzen mochte. Eine Distanzierung der deutschen Partei von der nationalen Haltung der französischen hätte auf deren Glaubwürdigkeit mindestens einen Schatten geworfen. Der in allen praktischen Fragen von der KPF abhängigen KPD-Gruppe in Frankreich (und erst recht dem KPD-Sekretariat, der konspirativ arbeitenden Operativen Leitung der Westemigration insgesamt) wuchs hier also plötzlich eine Rolle zu, die zu ihrer tatsächlichen politischen Stärke und Bedeutung in einem grotesken Mißverhältnis stand. Ohne daß die Abhängigkeit der in Frankreich lebenden deutschen Kommunisten von der KPF sich verringert hätte, war nun auch die KPF in einer Hinsicht auf die KPD angewiesen, vorübergehend und, wie gesagt, punktuell.

Es steht nun freilich dahin, wie hier zeitlich und sachlich die Kominternweisung über die Emigration der illegal in Frankreich lebenden ausländischen Kommunisten einzuordnen ist, die Friedrich Runge der KPF überbrachte. Unklar ist schon, was Runge mit „unmittelbar vor der Mobilmachung" meint: die französische Generalmobilmachung vom 1. September oder die bereits am 24. August, einen Tag nach Abschluß des Moskauer Nichtangriffsvertrags, erfolgte Einberufung von Reservisten? Erst recht liegt das weitere Schicksal dieser Weisung im Dunkeln, wir haben darauf bereits aufmerksam gemacht. Wir wissen nicht, ob die KPF sie weitergegeben hat (was gerade im Falle der deutschen Partei nicht in ihrem Interesse liegen konnte) und ob sie Dahlem überhaupt erreichte. Die Tatsache, daß er selbst sie nicht erwähnt, ist dafür freilich kein Beweis. Die Erwähnung hätte seiner apologetischen Argumentation ja die Grundlage entzogen und gerade das zutagegefördert, was zu verhüllen und zu kaschieren der Zweck seiner Darlegungen ist: den Disziplinbruch. Denn zweifellos wäre, neben zahlreichen illegal im Lande lebenden Genossen an der Basis, die in Frankreich illegal agierende Operative Leitung der KPD von dieser Weisung betroffen gewesen.

Hat das Pariser KPD-Sekretariat also nicht einer Weisung der Komintern, sondern einer der französischen an die deutsche Bruderpartei Folge geleistet? Mit einer unumwunden positiven Antwort mag man zögern, da es zumindest ein Anzeichen gibt, daß sich der kleinere ohnehin schon auf jenen Weg des größeren Bruders begeben hatte, der vom Pfade des Großen Bruders im Osten so bemerkenswert weit abwich: die oben zitierte Aufforderung der „Neuen Weltbühne" an ihre Leser, sich im Kriegsfalle den Westmächten anzuschließen. Diese letzte erschienene Nummer der durch zarte, aber nichtsdestoweniger feste Bande mit der KPD ‚liierten' Zeitschrift trägt das Datum des 31. August. Da die „Neue Weltbühne" aber, wie damals mehr oder minder alle Wochenzeitschriften, ihre Hefte aus Vertriebsgründen vordatierte, waren diese am Erscheinungsort in der Regel schon zwei Tage früher erhältlich. Am Erscheinungs- und Druckort Paris dürfte das fragliche Heft also schon am 29. August an den Zeitungskiosken gewesen sein, und der Redaktionsschluß ist allerspätestens auf den 28., wahrscheinlich aber auf den 27. August anzusetzen.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Selbst wenn man aber diese von den langen und schwierigen Vertriebswegen diktierten technischen Herstellungsbedingungen außer Betracht läßt, hat die kommunistisch affilierte Zeitschrift einen Tag vor dem Besuch des Genossen Cornavin bei Dahlem zu eben dem Verhalten aufgefordert, das jener seinem deutschen Gastgeber erst nahezulegen unternahm[37]. Das wenigste, was man sagen kann: Cornavins Intervention kam zu spät und war, was den zentralen Punkt betraf, überflüssig, da das letzte Publikationsorgan, das der deutschen Partei noch zur Verfügung stand – die „Deutsche Volks-Zeitung" war französischerseits schon verboten worden – seinen Lesern bereits eine entsprechende Losung auf den Weg gegeben hatte.

Das war der Stand der Dinge, als am Samstag, den 2. September 1939, das Pariser KPD-Sekretariat zu einer ersten von drei Sitzungen an drei aufeinanderfolgenden Tagen zusammentrat. An ihr nahmen laut Dahlem außer diesem selbst als zweites Polit-Büro-Mitglied Paul Merker, sodann das ZK-Mitglied Paul Bertz und, in der Funktion als Mitarbeiter des Sekretariats, Anton Ackermann teil. Juristisch befand sich Frankreich noch immer im Frieden, und es war inmitten der hektischen diplomatischen Aktivitäten auch nicht klar abzusehen, ob die Westmächte weiterhin Festigkeit bewahren resp. ob ihre Ultimaten in Berlin wider Erwarten doch Wirkung zeigen würden. So mag es auch Ausdruck dieser Ungewißheit über die weitere Entwicklung gewesen sein, daß sich die Sitzungsteilnehmer zunächst mit politischer Rhetorik beschäftigten und namens des Zentralkomitees der KPD eine Erklärung zur Weltpolitik verabschiedeten – statt sich der objektiv drängendsten Frage zuerst zuzuwenden: dem praktischen Verhalten der KPD für die folgenden Tage und den entsprechenden Weisungen für die legal wie illegal in Frankreich lebende Parteibasis. Dahlem zufolge wandte man sich diesem Problem erst am Sonntag, den 3. September, zu, dem Tag der französischen Kriegserklärung. Man ging aber ohne Ergebnis auseinander, sodaß es einer weiteren Zusammenkunft am Montag, den 4. September, bedurfte, um zu dem Beschluß zu gelangen, man werde sich an den Mitteilungen des Genossen Cornavin orientieren[38]. Dieser Beschluß wurde angeblich einstimmig gefaßt, und ihm zufolge sollten sich auch die Mitglieder und Mitar-

[37] Hier ist der Platz, ein Urteil zu revidieren, das ich in meiner Analyse der „Neuen Weltbühne" über deren letzte Nummer gefällt habe (Hans-Albert Walter, Band 4, S. 70 f.): Seine Verurteilung des Nichtangriffsvertrags habe Budzislawski in Gegensatz zur KPD gebracht. In Kenntnis der bei Entstehung dieser Analyse noch nicht vorliegenden Erinnerungen von Dahlem und Abusch muß ich jetzt vielmehr Kurt R. Grossmann recht geben, der – freilich ohne jeden Nachweis – geschrieben hatte, Budzislawskis Artikel sei nach Absprache „mit seinen kommunistischen Freunden" entstanden (Kurt R. Grossmann, Emigration, S. 37). Im Licht dieser Memoirenbände ist das sogar ein zu zartes Wort, denn der letzte Leitartikel der „Neuen Weltbühne" und die Schlußnotiz an die Leser fügen sich bruchlos in das, was man als ‚Linie' der Pariser Kommunisten, deutscher wie französischer, bezeichnen kann.

[38] Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 415–426, insbes. S. 423 ff. – Auch hier folgt Dahlem konsequent der selbst verordneten Sprachregelung in puncto Registrierung, wenn er dem Bericht über die Sitzung vom 3. September die irreführende Behauptung vorschaltet, „inzwischen" seien in Paris die Plakate angeschlagen worden, mit denen deutsche und österreichische Emigranten zum Erscheinen in den „centres de rassemblement" aufgefordert worden seien.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beiter der Operativen Leitung dieser Orientierung der KPF unterordnen. Letzteres dürfte ein Grund dafür gewesen sein, daß man zu solcher Einstimmigkeit (wenn es sie denn tatsächlich gab: Dahlem war von den Sitzungsteilnehmern der letzte Überlebende) zwei Sitzungen brauchte. Den zweiten Grund lieferten die inzwischen veränderten Umstände. Am 4. September, dem ersten Kriegstag (für und in Frankreich), ging es ja nicht mehr (nur) um die „Registrierung", „Meldepflicht" und „Ausländerzählung", deren Grund mitzuteilen Dahlem so beharrlich vermieden hat. Jetzt stand vielmehr (auch) die Aufforderung zum Erscheinen in den „centres de rassemblement" zur Debatte, und das war in Paris, statt der zuständigen Polizeireviere, ein Sportstadion. Wie man weiß, hatten sich dort auch keineswegs die wehrpflichtigen Jahrgänge aller Ausländer zu melden, sondern lediglich alle männlichen Deutschen bis zum 50. Lebensjahr.

Erst jetzt ging es wirklich um Repressalien gegen die deutsche Emigration, wahrscheinlich um Massenverhaftungen, und erst jetzt auch stand das KPD-Sekretariat vor der Frage, ob es bei solchermaßen veränderten Perspektiven sich weiterhin den „Orientierungen" der KPF unterordnen und jene Politik fortsetzen sollte, die, unabhängig von diesen „Orientierungen", in dem Appell der „Neuen Weltbühne" zum Ausdruck gekommen war. Ein gewichtiger Faktor zumindest sprach dafür. Die KPF nämlich setzte ja ihre nationale Politik unverändert fort, in welchem Maße, das sollte Dahlem erfahren, als er sich – wegen eines Rats in der neuen Lage? wegen Rückendeckung im Verfolg der bisherigen Linie? – mit ihr in Verbindung zu setzen versuchte: „Ein Kontakt mit der Führung der FKP kam nicht mehr zustande. Genosse Thorez war dem Mobilmachungsbefehl gefolgt und zu seiner militärischen Einheit eingerückt; andere Genossen waren ebenfalls nicht mehr zu erreichen."[39] Begnügen wir uns mit der Feststellung, die KPF habe, von ihrem eigenen Überlebenskampf voll in Anspruch genommen, ihre deutschen Genossen sich selbst überlassen, nachdem ihre Weisung einmal akzeptiert worden war; die Motive ihres taktischen Verhaltens sind für das KPD-Sekretariat ohnehin irrelevant und ohne Bedeutung für sein Dilemma. Klarheit bestand nur in einem Punkt: die Parteibasis würde sich der Anordnung zum Erscheinen in den „centres de rassemblement" aus denselben Gründen nicht entziehen können, aus denen die Illegalität für sie unmöglich war. Die Frage lautet ja aber nicht, ob sie sich hätte entziehen können, sie lautet vielmehr, weshalb sie trotz aller unabsehbaren Weiterungen, trotz aller laut Dahlem doch so massiven Befürchtungen vom Parteisekretariat ausdrücklich angewiesen wurde, in den „centres" zu erscheinen und weshalb die Operative Leitung auch sich selbst und ihre Mitarbeiter dorthin beorderte.

Die letztgenannte Entscheidung wirkt noch rätselhafter, wenn Abuschs Angaben den Tatsachen entsprechen, wonach noch am 26. August die „Abreise", das heißt die Flucht der Operativen Leitung aus Frankreich beschlossene Sache gewesen sein soll: „Am 26. August traf ich wieder Genossen Franz (Dahlem). Ich fragte ihn: ‚Bleiben wir hier in diesem Mauseloch, behindert in jeder Arbeit durch die antikommunisti-

[39] Ebenda, S. 424.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Hetze und Verfolgung?' Er sagte: ‚Nein, natürlich nicht. Wir haben gestern im Sekretariat die Maßnahmen für unsere Abreise beschlossen. Halte dich bereit, mit dem kleinsten Koffer, ohne Frau und Kind. Im Augenblick geht es nicht anders'."[40] Bescheid sei ihm für den nächsten Morgen zugesichert worden, über Anton Ackermann, der aber am späten Abend des 26. August selbst „noch nichts Genaues" gewußt habe. Der Bescheid sei denn auch ausgeblieben. Gerhart Eisler und Albert Norden seien darüber ebenso ärgerlich gewesen wie Abusch, hätten „die Gründe der Verzögerung unserer Abfahrt" aber auch nicht gekannt. Erst am Tag nach der französischen Kriegserklärung, am 4. September also, will Abusch Dahlem getroffen haben, „der mir mitteilte, die geplante Abreise der Operativen Leitung finde vorerst nicht statt. Wir würden uns bald zu einer Aussprache treffen, um mit den nicht verhafteten verantwortlichen Genossen zu überlegen, was zu tun sei"[41]. Der 4. September ist freilich derselbe Tag, an dem das KPD-Sekretariat zu seiner entscheidenden Sitzung erneut zusammentrat, und Dahlem sollte gewußt haben, daß dies das Entscheidungsgremium war. Eine Vertröstung des „Mitarbeiters" Abusch, der dem Sekretariat nur zu- und untergeordnet war? Wie auch immer, Abusch meint, sich seiner tiefen Empörung darüber erinnern zu sollen, „daß vielleicht eine technische Panne in einem solch entscheidenden Augenblick unsere Operative Leitung der Partei lahmgelegt hatte". Infolge des „bald darauf überstürzten Gangs der Ereignisse" sei ihm „erst später" klar geworden, „daß politische Gründe unsere Abfahrt verhindert hatten". Das ist ein gewichtiges Wort, freilich auch ein geheimnisumwittertes, denn über die Natur der „politischen Gründe" sagt Abusch nichts – es sei denn, man nähme seinen Hinweis auf die Intervention des Genossen Cornavin für die Erklärung. Weder damals noch später kann sie ihm aber eigentlich ein großes Geheimnis gewesen sein, denn sie ergab sich ja konsequent aus der Politik der KPF, die in aller Öffentlichkeit und mit beträchtlicher Lautstärke propagiert wurde, und über den engen Kontakt des Genossen Dahlem mit der KPF hat Abusch schließlich an früherer Stelle selbst berichtet. Wenn Abusch endlich in aller Ausführlichkeit Dahlems Ansicht widerlegt, aus Frankreich sei nicht mehr herauszukommen gewesen, so hat er in diesem Punkt zwar völlig recht (und kann das mit der geglückten Flucht einiger Funktionäre auch beweisen, mit der Anton Ackermanns zum Beispiel[42]), doch diese überzeugende Replik auf ein durchsichtig schwaches Argument führt von den „politischen Gründen" noch weiter weg.

Bei Dahlem tauchen sie auf, allerdings so widersprüchlich und unüberprüfbar, daß Abusch sich mit ihnen gar nicht erst auseinandergesetzt hat. Dahlem bestätigt, daß in der fraglichen Sitzung des Sekretariats am 25. August 1939 beschlossen worden sei, „durch den technischen Apparat die Voraussetzungen zu schaffen, um die

[40] Alexander Abusch, Der Deckname, S. 482 f. – Dahlem selbst teilt mit, daß er für seine Person eine zu einem früheren Zeitpunkt beabsichtigte Moskaureise aufgegeben habe, infolge von „ernsthaften Überlegungen" im Sekretariat der KPD am 28. August 1939 (Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 382 f., S. 399).

[41] Alexander Abusch, Der Deckname, S. 486 f.

[42] Ebenda, S. 491 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abreise der Mitglieder des Sekretariats und der politischen Mitarbeiter zu ermöglichen". Daß es dazu nicht kam, begründet er damit, daß „wir, als noch gewisse Chancen zum Verlassen Frankreichs bestanden hatten", die Kräfte darauf hätten konzentrieren müssen, „unerläßliche Maßnahmen fürs Land, nicht zuletzt die Beseitigung aller nur möglichen Gefahrenquellen für unsere Kader im Lande, zu treffen". Diese Maßnahmen hätten gegenüber der eigenen Sicherheit den Vorrang gehabt. Folgt die Bemerkung: „Danach zeigte es sich allerdings, daß wir zunächst einmal in Frankreich festsaßen."[43] Das „Land" ist in Dahlems Sprachgebrauch stets Deutschland. Nun ist freilich nicht zu sehen, welche Gefahrenquellen für die illegalen Kommunisten im Lande von Paris aus hätten beseitigt werden können, umsoweniger, als Dahlem bereits am nächsten oder übernächsten Tag einräumt, Nachrichten „aus dem Lande" seien bei ihm „nun aber schon spärlicher" eingelaufen, „da es immer schwieriger wurde, für sie einen sicheren Weg zu uns nach Paris zu bahnen"[44]. Der Hinweis auf die Illegalen in Deutschland könnte indessen ein trefflicher Paravent dafür sein, daß am selben 25. August 1939 die KPF als Reaktion auf den Nichtangriffsvertrag ihre nationale Politik beschloß und daß dies der Grund – oder auch nur der erwünschte Anlaß – gewesen ist, um die „Abreise" der Operativen Leitung abzusagen. Da man zur gleichen Zeit tagte, konnte man im KPD-Sekretariat noch nicht wissen, zu welchen Ergebnissen die Bruderpartei kommen würde. Spätestens am 26. August erfuhr man darüber, und sei es aus der „Humanité", von der an diesem Tag ja noch eine Ausgabe erschien. Sollte dies, entgegen von Abuschs unschuldsvoller Ahnungslosigkeit, doch der maßgebliche politische Grund gewesen sein? Auch entgegen den Versicherungen Dahlems über die Vorsorge für die „Kader im Lande"? Dann allerdings würde sich auch der Appell der „Neuen Weltbühne" an ihre Leser zeitlich erklären: zum Redaktionsschluß der Zeitschrift kam diese ‚Orientierung' ja gerade noch passend.

Wie steht es aber in diesem Licht mit dem Beschluß, auch die Operative Leitung solle sich in die „centres de rassemblement" begeben? Widerspricht er nicht nach wie vor aller politischen Vernunft und Voraussicht? Dahlem kleidet seine Begründung in ein fiktives Gespräch mit seiner Frau ein, die ihn „immer wieder" gedrängt habe, doch lieber unterzutauchen. Käthe Dahlem hat hier die Aufgabe, als Stichwortgeberin alle die Vorwürfe auszusprechen, die andere ihrem Manne später gemacht haben:

„Ihre Argumentation hielt ich zwar für richtig, aber ich lehnte die daraus gezogene Schlußfolgerung ab. Ich wies darauf hin, daß es sich hier nicht darum handeln könne, meine Person in Sicherheit zu bringen. In der Tat, so gab ich Käthe zu verstehen, wäre das sicherlich möglich, wenn auch unter großem Risiko. Jedoch das sei es nicht, was mich von einem solchen Schritt abhalte. Für mich sei das in erster Linie eine politische Frage, und sie müsse deshalb auch politisch entschieden werden. Als Kommunisten gelte für uns nur eine Disziplin, an die jeder, unabhängig von seiner

[43] Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 392 f.
[44] Ebenda, S. 398.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Funktion, gebunden sei. Sie – Käthe – könne von mir nicht erwarten, daß ich mich einem Beschluß entzöge, der die anderen Genossen aus dem Sekretariatsbereich zu diesem Schritt verpflichtete und dem ich ebenfalls zugestimmt hatte. Mein Platz sei jetzt bei den Genossen, die sich zu vielen Hunderten im Stadion Colombes versammeln müßten, da es für sie ... keinen anderen Ausweg gebe. Weitere Hunderte von Genossen und Kameraden aus den Interbrigaden befänden sich immer noch hinter Stacheldrahtverhauen in Südfrankreich, und auch für ihr Schicksal würde ich mich nach wie vor verantwortlich fühlen. Alles, was zu tun unerläßlich gewesen war, sei inzwischen geschehen. Nun bleibe mir nichts anderes übrig, als jenen schweren, allerdings durchaus auch ungewissen Weg anzutreten".[45]

Bei so viel Edelmut und Altruismus könnte man fast an dem Bild irre werden, das Geschichtskenntnis und Lebenserfahrung einen vom Denken und Tun führender Politiker haben gewinnen lassen. Indessen ist auch hier noch nicht aller Tage Abend, und unmerklich gleitet Dahlem in vertrautere Bahnen, wenn er schreibt:

„Natürlich sei ich keineswegs so vermessen, um anzunehmen, daß ich als einzelner etwas an der Lage unserer Genossen zu ändern vermöchte, aber wenn die vielen Hunderte Genossen fest zusammenstünden und organisiert handelten, dann würden wir dennoch, ungeachtet aller Schwierigkeiten, politisch etwas ausrichten können. Allein, auf mich selbst gestellt, und ohne die Billigung und Unterstützung der französischen Partei für eine solche individualistische Aktion wäre ich ein Nichts – politisch ohne jegliches Gewicht."[46]

Wenn Dahlem tatsächlich, wie er über Dutzende von Seiten fortwährend vorgibt, eine politisch motivierte Inhaftierung befürchtet hat, wie um Himmelswillen, sollten er und seine Mithäftlinge dann „organisiert handeln", wie sollten sie gar „politisch etwas ausrichten" können? Wieder nur ein Guß salbungsvoller Rhetorik? Die so absurd klingenden Sätze gewinnen einen Sinn, wenn man die an dieser Stelle scheinbar überflüssige Erwähnung der „französischen Partei" nicht nur in negativer Hinsicht ernst nimmt – daß nämlich Dahlem beim Versuch, unterzutauchen, von den Genossen der KPF im Stich gelassen worden wäre –, sondern auch in positiver Hinsicht; wenn man also unterstellt, Dahlem habe noch immer auf Wirkungsmöglichkeiten auch für die deutschen Kommunisten gehofft, und zwar analog zur Politik der KPF. Unter einer Voraussetzung war der Weg ins Stade de Colombes für die führenden Funktionäre der KPD nicht nur geboten, sondern unerläßlich: sofern sie nämlich die Aussicht hatten oder die Hoffnung hegten, das Stadion mit einem deutschen Bataillon in der französischen Armee wieder zu verlassen, sei es in Reih und Glied, sei es an seiner Spitze.

Tatsächlich kursierten in Paris Gerüchte, die eine solche Unterstellung zu bestätigen scheinen. Der vermutlich in der Nacht vom 31. August zum 1. September ‚individuell' festgenommene, zunächst im Justizpalast festgehaltene, später in ein „centre de rassemblement" überführte Schriftsteller Gustav Regler legt sie in seinen Lebens-

[45] Ebenda, S. 437 f.
[46] Ebenda, S. 438.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erinnerungen Arthur Koestler in den Mund. Dieser habe erzählt, „daß die deutsche Partei in Paris ein groteskes Dokument an den französischen Premier Daladier gesandt habe: sie habe ihn ihrer Mitarbeit versichert, wenn er den Pakt der Nazis mit Rußland nicht länger einen Verrat nenne"[47]. Sicherlich ist Reglers ‚gestaltete' Autobiographie eine oftmals höchst problematische Quelle, zumal was die Darstellung von Reglers eigenem Denken und Tun angeht: eine apologetische Schrift, verfaßt mit dem Blick auf ein antikommunistisches Publikum, abgefaßt aber auch mit starker Rücksicht auf die Selbstliebe des Autors, die gewisse Wahrheiten und gewisse, das einstige kommunistische Engagement betreffende Tatsachen ebensowenig ertragen konnte wie – vermutlich – die westdeutschen Leser in den Jahren des Kalten Krieges.

Grund genug also zur Vorsicht im Umgang mit dieser Lebensgeschichte, und das gilt auch für die äußeren Umstände der hier zur Debatte stehenden Episode. In ihrem Kontext sucht Regler den Eindruck zu erwecken, er habe mit der KPD bereits definitiv gebrochen gehabt, als er im Internierungslager des Stadions Roland Garros zu Paris mit Arthur Koestler zusammengetroffen sei. Andere wissen es anders. Der kommunistische Journalist Bruno Frei, der gleichfalls in diesem „centre de rassemblement" einsaß, hat mitgeteilt, Regler sei dort „Vertrauensmann der Kommunisten gegenüber der Lagerleitung" gewesen[48]. Arthur Koestler wiederum tut in seinen (gleichfalls ‚gestalteten') autobiographischen Schriften dieser Episode, soweit ich sehe, nirgendwo Erwähnung. Es ist auch unwahrscheinlich, daß Regler die fragliche Information von ihm erhalten hat. Koestler war schließlich schon seit längerer Zeit offen auf Distanz zur KPD gegangen, ohne deswegen zum vertrauten Kreis der Regierung Daladier zu gehören. Wohl oder übel muß das Gerücht aber in kommunistischen oder in Zirkeln der französischen Regierung umgelaufen sein. Während für Koestler beides nicht in Frage kam, könnte aber sehr wohl der „Vertrauensmann der Kommunisten" im Stadion Roland Garros aus dem Munde eines seiner Genossen von der Sache erfahren haben. Bei anderer Gelegenheit hat Regler denn auch eine Version verbreitet, die dieser Deutung nahekommt: als er sich nämlich 1942 im mexikanischen Exil gegen Anschuldigungen der dortigen KPD-Gruppe zur Wehr setzte, er habe der französischen Polizei als Denunziant gegen deutsche Kommunisten gedient. Jetzt ‚spielt' die Episode freilich nicht mehr im Pariser Stadion Roland Garros, sondern in dem, in den Pyrenäen gelegenen, Straflager Le Vernet, wohin Regler im Oktober 1939 mit anderen Kommunisten transferiert worden war, und der Informant ist jetzt nicht mehr Arthur Koestler, sondern Siegfried Rädel, der Leiter der legalen KPD-Landesgruppe in Frankreich:

„Jene Parteifunktionäre behaupten, daß ich, als ich im Konzentrationslager Vernet in Frankreich war, zwei Lagergefährten denunziert hätte, die kommunistischen Führer Dahlem und Rädel. Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Liberalen dieser Welt

---

[47] Gustav Regler, Das Ohr des Malchus, S. 440.

[48] Ralph Schock, Gustav Regler. Literatur und Politik (1933–1940), Frankfurt am Main 1984, S. 465. – Schock stützt sich auf eine briefliche Mitteilung von Frei.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erfahren, was für Vögel auf Befehl der Komintern Führer der europäischen Arbeiterbewegung geworden waren: es waren die ‚Genossen' Dahlem und Eisler, die den Genossen Rädel der Polizei denunzierten; es bestand für uns gar keine Notwendigkeit, es zu tun. Das ist die authentische Version, die ich nicht verbreitet hätte, wenn diese Leute nicht versucht hätten, mich ... zu beschuldigen. Acht Tage nach seiner Ankunft in Vernet bat Rädel, der bis dahin der Verantwortliche für die deutschen Emigranten im Distrikt Paris gewesen war, mich, ihn zu einer leeren Baracke zu begleiten, um mir die Kopie eines Briefes zu zeigen, den das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, interniert im Konzentrationslager Colombes, an den Ratspräsidenten Daladier geschickt hatte. Dieser Brief war wenige Tage nach dem russisch-deutschen Pakt geschrieben und abgeschickt worden und bot Daladier die Hilfe des Zentralkomitees der KP im Kampf gegen Hitler an, sofern der Minister(präsident) sich jeglicher Kritik an der Sowjetunion enthalte und nicht mehr gegen den Pakt Stellung nehme. Ich war von der stupiden Naivität dieses Briefes überrascht, den alle Mitglieder des Zentralkomitees als solche unterzeichnet hatten. Als ich Rädel fragte, wie sie darauf gekommen wären, etwas so Sinnloses wie Provokatives zu tun, antwortete er mir mit größter Selbstverständlichkeit: ‚Es geht hier doch nicht um Daladier; es geht darum, daß wir einen Beweis unserer Unterordnung gegenüber Moskau in der Hand haben, der uns später nützlich sein kann.' Allerdings fügte er hinzu, und es klang wie eine Beschwerde, daß er nicht sehr sicher sei, ob sie damit das Richtige getan hätten. Darauf erwiderte ich, daß der Brief erklärtermaßen seine Unterschrift als Mitglied des Zentralkomitees verzeichne, was ihm das überraschende Geständnis entlockte, daß seine Unterschrift ohne sein Wissen auf jene freiwillige Selbstdenunziation gestempelt worden war,denn er war seinerzeit nicht in Colombes inhaftiert, sondern im Gefängnis der Santé."[49]

Daß Regler den gegen ihn gerichteten Vorwurf der Denunziation mit dem Gegenvorwurf der freiwilligen Selbstdenunziation führender Kommunisten beantwortete, diese polemische Auseinandersetzung kann in unserem Zusammenhang außer Betracht bleiben. Sehr wohl aber interessieren die Verschiebungen, die er in den Erinnerungen vorgenommen hat, denn sie berühren die Glaubwürdigkeit auch dieser sehr viel früheren (und sehr viel wahrscheinlicher klingenden) Quelle. Im „Ohr des Malchus" sucht Regler den Eindruck zu erwecken, als habe die Nachricht vom Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags zu seinem völligen Bruch mit der KPD geführt. Für Unterredungen mit führenden Kommunisten wie Rädel nach dem 23. August 1939 ist deshalb in diesen Memoiren kein Platz mehr. Da Regler indes auf die Mitteilung des Sachverhaltes offenbar Wert legte, mußte diese Information einem anderen Gewährsmann ‚zugeteilt' werden, und dabei ist er,

[49] Gustav Regler, Erklärung vor der Liga Pro-Cultura Alemana, Mexico-City, Februar 1942, in: Marceau Pivert/Victor Serge/Gustavo Regler/Julian Gorkin, La G.P.U. prepara un nuevo crimen! Serie Documentos, Edición de „Análisis", Mexico D.F. 1942, S. 48 f. – Für den Hinweis auf diese Quelle und für die Übersetzung aus dem Spanischen danke ich Herrn Dr. Fritz Pohle, Hamburg.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit erstaunlich wenig Phantasie, auf seinen Freund Arthur Koestler verfallen. In Wirklichkeit hatte Regler nicht so abrupt mit der KPD gebrochen, wie er das später gerne wahrgehabt hätte. Was stattfand, war vielmehr ein Ablösungsprozeß, der sich bis ins Jahr 1941 und bis in sein übernächstes Asylland Mexiko erstreckte. Die einzelnen Stadien dieses Prozesses liegen vorläufig noch im Dunkeln, und wahrscheinlich werden sie ganz nie zu erhellen sein. Es ist jedoch nachweisbar, daß Regler noch 1940 in den USA und in Mexiko zum Teil recht intensive Kontakte zu kommunistischen deutschen Intellektuellen unterhalten hat[50], und das legt die Vermutung nahe, daß dem auch im Oktober 1939 in Le Vernet so gewesen sei.

Reglers Version aus dem Jahre 1942 jedenfalls verdient die Aufmerksamkeit, die seine Darstellung in den Memoiren des Jahres 1958 nur bedingt für sich beanspruchen kann, dies umsomehr, als der von ihm erwähnte Brief der im Stade de Colombes internierten KPD-Führer auch in anderen Quellen aufscheint. So macht ein französisches Autorenteam, nachdem es die „Weisung" des KPD-Sekretariats zur Meldung in den „centres de rassemblement" referiert hat, im Bezug auf Dahlem eine überraschende Mitteilung: „Dahlem semble avoir été persuadé qu'il serait remis rapidement en liberté."[51] Gestützt auf einen im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED archivierten Bericht des Kommunisten Walter Vesper, gleichfalls eines Insassen des Stade de Colombes, heißt es dann weiter:

„Les dirigeants communistes internés à Colombes décidèrent d'adresser sans retard une lettre de protestation (rédigée par Franz Dahlem, Paul Bertz et Paul Merker) au président du Conseil, Daladier, dans laquelle ils exposaient la position du KPD sur les événements récents et en particulier sur le pacte germano-soviétique. D'après Walter Vesper, Franz Dahlem fut ramené le 16 septembre de Colombes à Paris et eut une entrevue avec le Préfet de police, Langeron, qui se serait déclaré prêt à transmettre la lettre du KPD au président Daladier. Cette démarche n'eut aucune suite pratique: au bout de quarante-huit heures, Dahlem fut ramené à Colombes et parqué de nouveau dans la ‚cage aux suspects'."

In diesem Zeugnis eines parteitreuen Kommunisten wird das Schreiben an Daladier also gleichfalls erwähnt, und obwohl das Inhaltsreferat des französischen Autorenteams unergiebig bleibt, erhalten wir doch zwei wichtige Hinweise. Das Schreiben wurde von französischer Seite offenbar für so bedeutsam gehalten, daß der Pariser Polizeipräfekt selbst mit Dahlem sprach und die Weiterleitung seines Schreibens übernahm. Zum zweiten ist es diesem französischen Beamten richtig erschienen, Dahlem 48 Stunden lang sozusagen ‚in Wartestellung' in Paris zu behalten: bis zu einer Antwort aus dem Büro des Ministerpräsidenten, wie man vermuten darf. Bei Dahlem findet sich darüber eine ganz, ganz andere Version, wir werden weiter unten sehen, welche, und diese Divergenz ist dem französischen Autorenteam eben-

[50] Vgl. zum Beispiel Gustav Regler, „Personal Diary 1940", in: Uwe Grund/Ralph Schock/Günter Scholdt (Hrsg), Gustav Regler – Dokumente und Analysen, Saarbrücken 1985, S. 15–110.

[51] Gilbert Badia und andere, Les barbelés de l'exil. Etudes sur l'emigration allemande et autrichienne (1938–1940), Grenoble 1979, S. 176f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

falls aufgefallen. Zur Bekräftigung Vespers hat es deshalb auf Reglers oben zitierte Memoiren-Äußerung verwiesen, ohne sie allerdings expressis verbis anzuführen. Zur Gänze wäre Vespers Bericht natürlich erst zu bewerten, wenn man seinen Wortlaut sowie Datum und Umstände seiner Entstehung kennte, damit auch seinen innerparteilichen Kontext. (Es ist wohl nicht ganz abwegig, zu vermuten, daß er im Umkreis von Dahlems Absetzung im Mai 1953 steht und zu den Anklagematerialien gegen den wegen „kapitulantenhaften Verhaltens" Gemaßregelten und seiner Parteiämter Enthobenen gehört.) Indessen findet sich noch eine dritte, eine überaus zuverlässige und seriöse Quelle – die Aufzeichnungen von Herbert Wehner. Die seinerzeit nach Moskau gelangten Informationen über die Pariser Vorgänge sind darin so wiedergegeben:

„Als der Krieg erklärt worden war, hatte das Sekretariat der deutschen Partei, das seinen Sitz in Paris hatte, die in Frankreich lebenden deutschen Kommunisten aufgefordert, der Anordnung der französischen Regierung nachzukommen und sich freiwillig zur Inhaftierung in Konzentrationslagern zu melden. Bis auf wenige Ausnahmen haben die leitenden Funktionäre diese Aufforderung durchgeführt, über die es im Sekretariat zu einer schweren Auseinandersetzung gekommen war, weil Bertz sich dagegen ausgesprochen hatte. Dahlems Auffassung ging aus zwei Briefen hervor, die er aus dem Konzentrationslager an Daladier gerichtet hatte. In diesen Briefen berief er sich auf die Loyalität der deutschen Kommunisten gegenüber dem französischen Gastland, bezeichnete die Festhaltung der freiwillig in Haft gegangenen Kommunisten als Bruch eines Versprechens, sie nur einige Tage zum Zwecke der Registrierung und Gewinnung einer Übersicht zu behalten, und *forderte die Einreihung der deutschen Antinazisten in deutsche Einheiten in der französischen Armee.* Die Verbindungen, die die deutsche Leitung zu Organisationen im Lande gehabt hatte, waren durch diese Ereignisse zerstört worden."[52]

Beginnen wir mit Wehners letztem Satz, um die Nebensache zuerst zu klären. Mit „im Lande" ist auch hier Deutschland gemeint, und dies gesagt, erkennt man, daß Dahlems oben zitierte einschlägige Bemerkung nicht in erster Linie an den Memoirenleser der siebziger Jahre gerichtet war. Vielmehr ist sie eine verspätete Replik an seine Ankläger und Fraktionsgegner in der KPD resp. SED, die schon unmittelbar nach den Ereignissen so argumentiert haben müssen, wie Wehner das hier als Faktum wiedergibt: infolge von Dahlems Weisung seien die Verbindungen nach Deutschland zerstört worden. Dahlems wesentlichstes Gegenargument wird dabei scheinbar en passant vorgebracht: daß es nämlich schon vor Kriegsbeginn „immer schwieriger wurde", den Nachrichten aus Deutschland „einen sicheren Weg zu uns nach Paris zu bahnen". Unausgesprochene Fortsetzung: im Kriege waren wir von diesen Nachrichten vollends abgeschnitten – und wie erst hätten wir von uns aus durch die Fronten hindurch Verbindungen aufrechterhalten sollen?

Dies geklärt, kann man sich der Hauptsache zuwenden, und hier bestätigt Wehner voll und ganz nicht nur die Äußerungen von Regler und Vesper über Dahlems

[52] Herbert Wehner, Zeugnis, hrsg. von Gerhard Jahn, Köln 1982, S. 239 f. – Hervorhebung von mir.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brief an Daladier, sondern auch die Folgerungen, die wir aus der Untersuchung der Pariser Quellen und der ‚gegen den Strich' gelesenen Autobiographien von Dahlem und Abusch gezogen haben. Die einzige kritische Einschränkung gegen Wehners Aufzeichnung betrifft ein Detail: Dahlem hatte die KPD-Emigration nur zur freiwilligen Meldung und Registrierung aufgefordert, nicht aber zur freiwilligen „Inhaftierung in Konzentrationslagern". Denn nicht nur, daß er diese Konsequenz seiner Anweisung nicht mit Sicherheit hatte voraussehen können, seine Politik lief ja gerade darauf hinaus, sie abzuwenden und das „centre de rassemblement" für dessen Insassen zu einer Durchgangsstation, damit zu einer bloßen Episode zu machen. Nicht grundlos hat Dahlem in seinen Memoiren etwas kryptisch formuliert, er habe mit dem Gang ins Stade de Colombes einen „schweren, allerdings auch durchaus ungewissen Weg anzutreten" gehabt. Nicht allein sein Erfolg, auch sein Scheitern war in der Tat ungewiß, und die Schwere des Gangs war eine Funktion von Erfolg oder Mißerfolg. Auf dem Hintergrund des von Wehner überlieferten, von Vesper und Regler bestätigten bzw. ergänzten Faktums läßt sich Dahlems Part im fiktiven Dialog mit seiner Frau also auch als hochgradig verschlüsselte Information lesen.

Es war wirklich, genau wie Dahlem es darstellt, eine politische Entscheidung, sogar eine von größter Tragweite, daß sich auch die KPD-Spitzenfunktionäre der Internierungsaufforderung stellten, und es war obendrein für diese selbst eine politische Notwendigkeit. Nur sie konnten gegenüber den französischen Behörden als Repräsentanten der vielen hundert internierten Kommunisten auftreten, nur sie mit einiger Aussicht auf Gehör für dieses Fußvolk sprechen. Ihr Wort besaß dann umso größeres politisches Gewicht, wenn ihre Intentionen mit der Politik der KPF übereinstimmten – kein Zufall, daß Dahlem die „französische Partei" auch in diesem ‚eigentlich' überflüssigen Zusammenhang erwähnt: wie seine Loyalität die ihre bestätigte, so bürgte ihre für die seine. Ebensowenig war aber auch sein Rekurs auf die in den südfranzösischen Camps einsitzenden deutschen Angehörigen der Internationalen Brigaden ein Zufall. Kriegserfahrene und kampferprobte Männer allesamt, hätten diese Veteranen des Spanischen Bürgerkriegs zum militärischen Rückgrat eines deutschen Regiments, wenn nicht einer deutschen Division in den Ausländereinheiten der französischen Armee werden können, am Ende sogar zum Herzstück einer erneuerten Internationalen Brigade, die heute in und mit Frankreich gegen Hitler kämpfte, wie ihre Vorläufer es gestern in Spanien getan hatten. Mochte die militärische Bedeutung dieses ‚Angebots' angesichts der nach Millionen Männern zählenden regulären französischen Armee begrenzt sein, die politische Wirkung, die von der Existenz einer solchen Truppe ausging, wäre jedenfalls kaum hoch genug einzuschätzen gewesen – und auch hier liest sich Dahlems Text wie ein Palimpsest, wenn er bemerkt, daß die „vielen Hunderte Genossen" bei organisiertem Handeln „politisch etwas ausrichten können". Kurzum, hier wird eine Konzeption sichtbar, die die Wirkungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages zu eliminieren suchte, indem sie das Interesse der deutschen Arbeiterklasse (wie das der westeuropäischen Proletariate insgesamt) von den nationalen Interessen der Sowjet-

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

union trennte – genau wie das Hermann Budzislawski mit seinem spektakulären Leitartikel in der letzten Nummer der „Neuen Weltbühne" getan hatte:

„Der russische Staat hat unter den außenpolitischen Möglichkeiten, die ihm in der gegenwärtigen Situation zur Verfügung standen, nicht etwa jene Variante ausgewählt, in der sich die Interessen der europäischen Proletariate mit denen der Sowjetunion vereinigten, also das Bündnis mit dem Westen, sondern gerade jene Variante, in der die Interessen sowohl der französischen wie auch der deutschen Arbeiter mit denen Rußlands divergierten. Eine solche Politik konnte nicht offen vorbereitet werden, man mußte sie insgeheim einfädeln und dann versuchen, den angeschlossenen Parteien zu oktroyieren. Damit wurden diese Parteien mindestens vorläufig ruiniert ... Sollte es für diese Haltung der Sowjetunion Gründe oder gar Rechtfertigungen geben, so könnte ich sie nur auf dem Gebiet der russischen Staatsraison sehen, und somit träfen diese Gründe für Menschen, die nicht Sowjetbürger sind, keinesfalls zu."[53]

Budzislawski hat den politischen Sinn von Dahlems Vorgehen klar beschrieben. Es galt, die KPD so gut wie möglich vor dem „mindestens vorläufigen" Ruin zu bewahren, und Dahlems Handeln dürfte von dieser Absicht wohl im gleichen Maße bestimmt worden sein wie von der Tatsache, daß die KPF aus vergleichbarem Grunde den gleichen Weg eingeschlagen hatte.

An diesem Punkte angelangt, sieht man freilich, daß ein Teil der eben für Dahlems Verhalten gegebenen Aufklärung seinerseits aufklärungsbedürftig ist. Die Frage ist nämlich, wieso sich Dahlem von seinem (oder seinen) Schreiben an Daladier Erfolg, ja, weshalb er sich überhaupt Aufmerksamkeit für sie versprechen konnte. Man muß sich schließlich vergegenwärtigen, daß Dahlems Funktionen in der KPD konspirativ geheimer Natur gewesen sind (obgleich sie vermutlich der französischen politischen Polizei bekannt gewesen sein dürften), daß somit ein politischer ‚Niemand' es unternahm, aus dem Internierungslager heraus mit dem französischen Ministerpräsidenten in Korrespondenz zu treten. Wenigstens ebenso auffällig ist das von Vesper referierte Verhalten des Pariser Polizeipräfekten. Was konnte diesen hochrangigen Beamten veranlassen, inmitten der Turbulenzen der ersten Kriegstage den Brief eines politischen Internierten so ernstzunehmen, wie er das anscheinend getan hat? Oder anders gefragt: hatte es bereits zu einem früheren Zeitpunkt Kontakte zwischen den beiden Parteien gegeben, die nunmehr, unter gründlich veränderten Umständen, von Dahlems Seite aus fortgesetzt werden sollten?

Wenngleich vorerst auch hier kein sicherer Aufschluß zu erlangen ist, so sprechen vorderhand doch zwei Indizien für diese Annahme, Indizien, die überdies einen

[53] NWB, 35. Jg., Nr. 35 v. 31. 8. 1939, S. 1085 f. – Auffällig auch hier die Akzentuierung auf die Arbeiter und auf die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands, obwohl Budzislawskis Feststellungen zweifellos auch für alle anderen Proletariate und „angeschlossenen" Parteien galten. Der ‚Sonderweg' der französischen Partei sowie der deutschen, soweit sie in Frankreich ‚beheimatet' war, zeichnet sich auch hier ab.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

engen sachlichen Bezug zu Dahlems Zielperspektive einer deutschen Truppe in den Ausländereinheiten der französischen Armee aufweisen. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die in Südfrankreich, vor allem im Camp de Gurs, aber auch in anderen Lagern seit ihrem Grenzübertritt im Februar 1939 internierten Angehörigen der ehemaligen Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. Dem fiktiven Dialog Dahlems mit seiner Frau haben wir entnommen, daß sich Dahlem „für ihr Schicksal ... nach wie vor verantwortlich" fühlte. Auffällig an der Formulierung ist der Einschub „nach wie vor", und in der Tat scheint Dahlems Verantwortungsgefühl sozusagen älteren Datums gewesen zu sein, scheint es eine Vorgeschichte gehabt zu haben. Konkret: Indizien deuten darauf hin, daß es Überlegungen gegeben hat, die internierten Angehörigen der Internationalen Brigaden in die französische Streitmacht zu integrieren. Die Initiative dazu war anscheinend von französischer Seite ausgegangen. Dies muß man jedenfalls annehmen, wenn man Barbara Vormeiers Darstellung folgt: „Dès le mois de février 1939, quelques jours après l'ouverture de la frontière franco-espagnole aux réfugiés espagnols et aux soldats de l'armée républicaine, une circulaire du ministre de l'Intérieur avait recommandé aux préfets de vérifier ‚discrètement' si l'on ne pouvait recruter une partie des miliciens des Brigades pour la Légion étrangère."[54] Bei dem Ruf, den die Fremdenlegion genoß, ist es begreiflich, daß die ehemaligen Interbrigadisten wenig Neigung verspürten, sich ihr anzuschließen, so katastrophal und entwürdigend die Umstände und Bedingungen ihrer Internierung auch waren. Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen spricht Barbara Vormeier denn auch von Pressionen der Lagerbehörden auf die zum Eintritt in die Fremdenlegion Unwilligen; insbesondere nach Kriegsbeginn sei es zu solchem Druck gekommen und jede Weigerung als ein gegen Frankreich gerichteter feindlicher Akt interpretiert worden.

Uns interessiert nun freilich nicht die Zeit nach Kriegsbeginn, sondern die mehrmonatige Spanne zwischen dem Februar und dem September 1939, jene Zeit, während derer sich Franz Dahlem anscheinend für das Schicksal der internierten Interbrigadisten „verantwortlich" gefühlt hat. Walter Janka, einer der Gurs-Internierten im Range eines Majors der republikanischen spanischen Armee, hat bekundet, daß dieses Verantwortungsgefühl nicht nur platonischer Natur gewesen sei. Es habe sich auch nicht in der Organisation materieller Hilfe für die in der Tat schwer darbenden Internierten erschöpft. Vielmehr erinnert sich Janka an „wochenlange Verhandlungen" mit der französischen Regierung über ihre Aufnahme in die französische Armee. Als kommunistische Gesprächspartner der französischen Regierung hat Janka den französischen KP-Funktionär André Marty und – Franz Dahlem benannt. (Beide waren in Spanien gewesen und hatten dort hohe Funktionen bekleidet.) Von seiten der Regierung sei nur der Eintritt in die Fremdenlegion angeboten worden, Dahlems Verhandlungsziel sei dagegen gewesen, „ob den Deutschen ein ähnlicher Status eingeräumt werden könne wie in Spanien", nämlich in den Internationalen Brigaden. Dort hatten die Deutschen eigene militärische Einheiten gebildet.

[54] Gilbert Badia und andere, Les barbelés de l'exil, S. 239.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Janka war sich sicher, daß die Verhandlungen vor Kriegsbeginn stattgefunden hätten – alles andere wäre auch mehr als unwahrscheinlich – und daß sie durch ein unerwartetes Ereignis unterbrochen wurden: „Dann kamen die Russen mit dem Pakt dazwischen."[55] Gegenwärtig läßt sich nicht nachprüfen, wie weit Janka nach mehr als viereinhalb Jahrzehnten die Vorgänge aus der Erinnerung richtig wiedergegeben hat, Vorgänge, die ihm, der im Camp de Gurs der mittleren Funktionärsschicht angehörte, offensichtlich nur in Umrissen bekannt gewesen sind. Erst die Öffnung der französischen Archive wird hier verläßlich Aufschluß geben können.

Für Jankas Darstellung spricht, daß er die französische Verhandlungsposition so beschreibt, wie Barbara Vormeier sie für die Anfänge der Episode den Akten hat entnehmen können. (Es muß dabei freilich Veränderungen und Fortschritte gegeben haben, denn wenn die Regierung auf ihrer Eingangsposition verblieben wäre, hätte man kaum wochenlang verhandelt.) Zugleich stimmt Jankas Darstellung mit Dahlems Bemerkung über seine Verantwortung für das Schicksal der internierten Interbrigadisten überein, ja, dieses kryptische Wort wird überhaupt erst auf dem Hintergrund von Jankas Äußerung als politisch gewichtige Aussage erkennbar. Endlich aber würde diese Vorgeschichte erklären, weshalb Dahlem es unternehmen konnte, aus dem Internierungslager an Daladier zu schreiben, zum zweiten, weshalb der Pariser Polizeipräfekt die Mitteilungen Dahlems überhaupt für weiterleitenswert gehalten hat: es handelte sich um die Wiederaufnahme älterer Verhandlungen. Daß Dahlems Interessen in dieser allerletzten Phase bei weitem nicht mehr nur den Interbrigadisten gegolten haben, ist nicht allein durch Wehner bezeugt. Die Interbrigadisten waren anscheinend aber der Anknüpfungspunkt, der es Dahlem ermöglichte, in wirklich letzter Minute noch einmal die Initiative zu ergreifen, um seine Strategie zu vollenden und das Schicksal aller zu wenden. Mehr läßt sich beim gegenwärtigen Quellenstande nicht sagen, doch ist durchaus denkbar, daß bei Öffnung der französischen Archive für diesen Punkt noch Überraschungen auf uns warten.

Welche Folgen sich aus Dahlems Gesamtkonzeption für das Verhältnis zur Sowjetunion, zur Komintern und selbst nur zu den deutschen Kommunisten in Moskau ergaben, bedarf kaum einer Erläuterung. Im übrigen werden diese Folgen schon durch die von Wehner erwähnten Auseinandersetzungen innerhalb des Pariser KPD-Sekretariats schlaglichtartig illustriert. Die Dauer und die Intensität der laut Wehner zwischen Dahlem, Merker und Ackermann (der als Gefolgsmann von Dahlem galt) einerseits, Bertz anderseits geführten Kontroverse erklären sich ebensosehr aus den unmittelbaren praktischen Konsequenzen der zu beschließenden Internierungsweisung an die Parteibasis und insbesondere an die Spitzenkader, wie aus den langfristigen politischen Perspektiven, die sie in sich barg[56]. Unabhängig

[55] Mündliche Information von Walter Janka an Dr. Fritz Pohle bei einem Hamburg-Besuch am 9. und 12. November 1985. Janka, in Mexiko Gründer und Leiter des kommunistischen Exilverlags El Libro Libre, in der DDR bis zu seiner im Zusammenhang mit der Harich-Affäre 1956 erfolgten Verhaftung Leiter des Ost-Berliner Aufbau-Verlags, lebt heute in der DDR.

[56] Übrigens war Bertz nicht der einzige Spitzenfunktionär, der sich Dahlems Strategie widersetzte. Dahlem selbst räumt ein, daß auch Johann Koplenig, der Vorsitzende der KPÖ, der nach der Anne-

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom Erfolg des von Dahlem proponierten gewagten Schrittes könnte hier sogar der Hauptkonfliktstoff gelegen haben, und dies gesagt, wird auch das erste Risiko von Dahlems Politik sichtbar. Es stand dahin, ob sie von der gesamten Parteibasis akzeptiert werden würde, wenn erst einmal ihre langfristigen Konsequenzen zutagegetreten waren: der Dissens mit Moskau. Die zweite Unwägbarkeit stellte die Haltung der KPF gerade für den Fall dar, daß die Parteiführung ihre nationale Politik weiterbetrieb. In vergrößertem Maßstab bestand dort ja die gleiche Problematik wie bei der KPD-Emigration, nur daß eine Spaltung der Partei in moskautreue und in ihrem Staate loyale französische Kommunisten für die politische Praxis viel folgenreicher gewesen wäre; folgenreicher somit auch für die von der KPF weitgehend abhängige deutsche Partei.

Den größten Unsicherheitsfaktor in diesem aus der Not geborenen verzweiflungsvollen Hasard bildete aber ganz ohne Zweifel die Regierung des Gastlandes. Das Kabinett Daladier, das nach „München" mit Sozialisten und Kommunisten endgültig gebrochen hatte und seitdem zäh und erfolgreich darum bemüht war, die sozialen Reformen der Volksfrontära Stück für Stück zu liquidieren, diese immer weiter nach rechts zunächst abdriftende und schließlich zielbewußt steuernde Regierung des Klassenkampfes von oben wäre ja zwangsläufig der Gesprächspartner für Dahlems Intentionen gewesen. Dem emotionsbeflügelt hektischen Eifer, mit dem diese Regierung für die sozialen Ängste Rache nahm, die der französische Kleinrentier in den Volksfrontjahren (zum guten Teil grundlos) ausgestanden hatte, diesem Eifer würden zwar, so mußte man annehmen, durch die nationale Politik der KPF und mehr noch dadurch Zügel angelegt werden, daß ein beträchtlicher Teil der französischen Armee kommunistisch wählte. Schon aus Disziplinargründen konnte die militärische Führung kaum ein Interesse an der Kriminalisierung der Kommunisten haben. Gleichwohl lag auch hier ein beträchtliches Risiko für Dahlems Strategie, und es war völlig offen, wie und wo der Weg in die „centres de rassemblement" für die deutschen Kommunisten enden würde. Es war aber in der Tat nur ungewiß, und keineswegs stand der Mißerfolg von Anfang an fest. (Die durch das Umschwenken der KPF von der national loyalen auf die von der Sowjetunion verordnete ‚defaitistische' Linie entstandene neue Lage, die in der Desertion und Flucht ihres Generalsekretärs Thorez nach Moskau einerseits, in dem Verbot der KPF und der Kassierung ihrer Parlamentssitze anderseits weithin sichtbare Markierungen fand – diese neue Lage kann hier unberücksichtigt bleiben, da sie erst Ende September 1939 eintrat, etwa einen Monat nach den Tagen, in denen Dahlem seine Entscheidungen getroffen hatte.)

Es braucht kaum ein Wort darüber verloren zu werden, welch (folgen)schwerer

xion Österreichs dem ZK der KPD kooptiert, dieser aber nicht untergeordnet war, es ablehnte, sich der Internierungsweisung zu fügen (Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 424 f.). Tatsächlich gelang Koplenig die Flucht aus Frankreich in die Sowjetunion. Die angebliche Opposition von Abusch, die dieser in den Memoiren post festum so deutlich hervorkehrt, wird man hier indes vernachlässigen dürfen. Schließlich hat Abusch im Herbst 1939 der Weisung Folge geleistet.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fehleinschätzung Dahlem unterlegen ist. Er räumt das – natürlich nur im Hinblick auf die Registrierungs-Anweisung, wie sich versteht – auch selbst ein, wenn er schreibt: „... inzwischen bestand bei mir darüber Klarheit, daß unser Gang zur Registrierung, ungeachtet der für diesen Schritt maßgebenden Umstände, ein Fehler gewesen war"[57]. Ob Dahlem diese Einsicht tatsächlich schon am 16. September 1939 gewonnen hat, wie er in seinen Erinnerungen vorgibt, erscheint im Lichte des Berichts von Vesper zweifelhaft; dieser Quelle zufolge ist Dahlem am 16. September zur Pariser Präfektur gebracht worden, wo er 48 Stunden zugebracht haben soll, und wenigstens bis zu dem den Fehlschlag seiner Konzeption offenbarenden Rücktransport ins Stade de Colombes war der „Gang zur Registrierung" noch immer eine politische Grundvoraussetzung dieser Konzeption. Erst nach dem Scheitern kann auch jene politische Erklärung entstanden sein, die Dahlem zum zentralen Gegenstand seiner „Vernehmung" in der Präfektur stilisiert hat und die im Camp als „Kettenbrief" unter den internierten Kommunisten kursiert sein soll.

In ihrem ersten Punkt („a") enthält sie eine vorsichtige Distanzierung von der national loyalen Politik der KPF (und allerdings auch eine Desavouierung der bis dahin verfolgten Linie des KPD-Sekretariats): „‚Der Kampf zum Sturz Hitlers und zur Einsetzung eines neuen Regimes in Deutschland ist die ureigenste Sache des deutschen Volkes. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nicht notwendig, einen mörderischen Krieg zu führen, dessen Opfer vor allem Millionen Deutsche und Franzosen sein würden'"[58]. Man muß wohl nicht erläutern, weshalb diese Floskel auch in der damaligen politischen Situation nur peinlich war. Immerhin läßt die „Erklärung" hier wie anderwärts aber die Formel vom „imperialistischen" Charakter des Krieges zwischen Hitlerdeutschland und den Westmächten vermissen, die für parteioffizielle Lesarten bestimmend war und auf die die sowjetische Politik sich in der Folgezeit immer starrer zurückziehen sollte[59]. Kennzeichnend für Dahlems „Erklärung" ist vielmehr, daß sie mit vielen Worten fast nichts Substantielles sagt und sich trotz einer ausdrücklichen, wortreichen Salvierung des Nichtangriffsvertrags sorgfältig alle Wege offenhält: den ‚patriotischen' an die Seite Frankreichs ebenso wie den ‚defaitistischen' an die der Sowjetunion. Es steht denn auch zu vermuten, daß die „Erklärung" weniger für die französische Regierung als vielmehr für die kommunistischen Mithäftlinge bestimmt gewesen ist, denen Dahlems zweitägige Abwesenheit schließlich nicht verborgen geblieben war. Mit seiner erfolglosen Rückkehr ins Stade de Colombes jedenfalls waren nicht allein Dahlems persönliche Hoffnungen auf baldige Freilassung gescheitert, von denen die französischen Forscher sprechen – „Dahlem semble avoir été persuadé qu'il serait remis rapidement en liberté" –, gescheitert war zugleich der Versuch, trotz des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags die politische Identität der deutschen Kommunisten als Kommunisten und antifaschistische Deutsche zu bewahren. Mit diesem Scheitern rückt Dahlems Kon-

[57] Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 446.
[58] Ebenda.
[59] Hans-Albert Walter, Band 4, S. 406.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zept in die Nähe des Tragischen, denn sein einziges Ergebnis war die fast vollzählige Internierung der exilierten Kommunisten, zu der das KPD-Sekretariat mit seiner Weisung unbeabsichtigt Vorschub geleistet hatte.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag als Ursache der Masseninternierung

Die Betrachtung des politischen Vor- und Umfeldes von Dahlems Plan wie von den Internierungen im Allgemeinen wäre auf fahrlässige Weise fragmentarisch, enthielte sie nicht wenigstens einen Orientierungsversuch zum Verhalten der anderen Seite, der französischen Regierung. Wie überall in diesen querelles françaises, so stößt ein solcher Versuch auch hier sehr schnell an jene engen Grenzen, die von den französischen Archivierungspraktiken und Verschlußfristen gezogen sind. Es wird selbst dann überaus schwierig, die Motive der französischen Regierung zu erkennen und nachzuvollziehen, wenn man sich intensiv in ihre Lage zu versetzen sucht, ihre Gedankenwelt dabei ebenso berücksichtigend wie die von außen erkennbaren politischen Handlungsvoraussetzungen und -spielräume. Wie das zitierte französische Autorenteam unter Gilbert Badia scheint man sich dem Thema nur in Form einer naiven Frage nähern zu können:

„Pourquoi le gouvernement Daladier a-t-il pris la décision d'interner les réfugiés? La question mérite d'être posée naïvement, car cette mesure semble irrationelle à plus d'un titre: ‚Techniquement', on le verra, rien n'est prêt pour résoudre ne fût-ce que les problèmes ‚logistiques' posés par un internement aussi massif, dont le coût global est élevé, même si les conditions d'hébergement sont désastreuses. L'effort de guerre français – en particulier en matière d'armement – est compromis par la mobilisation de plus de 5 millions d'hommes, qui manquent à la production. Il est paradoxal de ne pas utiliser cette ‚armée productive de réserve'. Allemands et Autrichiens, mais aussi Espagnols, Polonais et Tchèques n'auraient-ils pas été plus utiles ailleurs que dans des camps? Le risque de laisser en liberté des ressortissants d'un pays en guerre avec la France ... n'a pas paru démesuré à certains des alliés de la France: la comparaison avec la Grande-Bretagne, est à cet égard significative. Sur les 47000 Allemands et 6500 Autrichiens qui y ont trouvé refuge, 486 seulement sont encore internés au 15 janvier 1940"[60].

Man tut tatsächlich gut daran, den französischen Forschern zu folgen und den Internierungsbeschluß in das zu stellen, was sie „le contexte politique général" nennen. Ob es allerdings richtig ist, darunter die politischen Ereignisse der auf den Internierungsbeschluß folgenden Monate zu verstehen? So gravierend Pressezensur, Beschränkungen der bürgerlichen Grundrechte, Reduzierung der Parlamentsbefugnisse, drastische Erhöhung der Wochenarbeitszeit, Verbot der KPF etc. für das politische Leben im Frankreich des „Drôle de guerre" gewesen sind: die Eingangsfrage

[60] Gilbert Badia und andere, Les barbelés de l'exil, S. 171.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach dem Internierungsbeschluß hat mit alledem ursächlich nichts zu tun. Wer auf sie eine Antwort sucht, wird vielmehr genötigt sein, den „contexte politique général" der Vormonate ins Auge zu fassen. Mit dem Hinweis auf den im Lande grassierenden Antisemitismus und auf die Spionenhysterie (Stichwort: „fünfte Kolonne") greift das französische Autorenteam immerhin auch einige der relevanteren Aspekte auf, wenngleich bei weitem nicht alle jene, die wir anderen Orts wenigstens grob zu umreißen versucht haben. In Form von fast nur noch rhetorischen Fragen wird sodann auch ein Fazit gezogen, das ausgezeichnet zu dem Bilde paßt, welches man sich von Daladier und seinem Kabinett (zu Recht) macht:

„Est-il tout à fait invraisemblable qu'on ait voulu réserver l'avenir, et ne rien faire qui pût compromettre un nouveau Munich, en internant les antifascistes? De toute évidence, le gouvernement français hésite. Pendant toute la ‚Drôle de guerre', on peut se demander quel pays la France considère comme son principal ennemi; l'Allemagne, ou l'U.R.S.S. Alors qu'on reste immobile sur le front avec l'Allemagne, on vole au secours de la Finlande, on masse des troupes et des avions au Proche-Orient, on veut bombarder Bakou . . ."[61]

Ist es also ideologische Verrannt- oder Borniertheit, ist es nicht vielleicht sogar Schlimmeres gewesen, nämlich Kryptofaschismus und absichtsvoller Landesverrat, von dem sich die französische Regierung bei ihrem Internierungsbeschluß hat leiten lassen? Ein neues München, im Voraus als Exempel statuiert an den deutschen Antifaschisten? Merkwürdig genug jedenfalls, daß ein in einem extrem anderen politischen Lager beheimateter Kritiker Daladiers (wenn auch nicht unbedingt alles dessen, wofür dieser Name steht) die Internierungen implicite da mitkritisiert, wo er zu den Verfolgungsmaßnahmen gegen Kommunisten generell Stellung nimmt – Manès Sperber:

„Die französische Regierung, die kaum einen Fehler vermied, befreite sie (die exilierten Kommunisten – HAW) aus ihrer Ratlosigkeit (infolge des Nichtangriffsvertrags – HAW), indem sie die meisten dieser Männer internierte, zusammen mit den anderen österreichischen und deutschen Emigranten, da sie ja Angehörige eines feindlichen Staates waren. Sie verbot die kommunistische Partei und ihre Presse, nahm ihre Führer fest und ließ ihre Parlamentsabgeordneten wegen Untergrabung des Wehrwillens und tätiger Sympathie für den Landesfeind verurteilen. Mit diesen Maßnahmen retteten Daladier und seine Minister die kommunistische Partei, die es dank dem Verbot vermeiden konnte, sich öffentlich zu ihrer russischen Politik zu bekennen, die für ihre Mitglieder und Mitläufer eine Herausforderung war. Umgekehrt brachte die Märtyrerposition den Kommunisten allmählich Sympathien zurück, da sie ja von einer Regierung verfolgt wurden, die ihre Armeen nicht gegen den Feind schickte, sondern nur die Polizei gegen Andersmeinende einsetzte."[62]

Man sieht, von welchen Gegenpositionen man zu einer übereinstimmenden Kritik an einem Faktum gelangen kann. Der philokommunistische Erklärungsversuch ist in

[61] Ebenda, S. 172.

[62] Manès Sperber, All das Vergangene . . . , Wien 1983, S. 791 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seiner ideologischen Versimpelung freilich ebenso unbefriedigend wie der antikommunistische mit dem Allerweltspsychologismus, der ihm zugrundeliegt und der Daladier schlicht der politischen Dummheit zeiht. Beide Argumentationsweisen versagen bezeichnenderweise vor einigen sachlichen Ungereimtheiten und Widersprüchen, die man im Vorfeld leicht entdecken kann; die philokommunistische Daladier-Kritik benennt einen dieser Widersprüche sogar expressis verbis, aber nur, um ihn im weiteren Argumentationsgang gänzlich aus den Augen zu verlieren.

Nimmt man einmal das Argument ernst, mit dem die Internierungen politisch begründet wurden – Bedrohung der nationalen Sicherheit durch feindliche Ausländer –, so kann die Frage nicht lauten, ob dieses Argument die Internierungen rechtfertigte; sie muß vielmehr lauten, ob die französische Regierung für den Kriegsfall seit langem und unter allen Umständen die Isolierung aller deutschen Männer innerhalb gewisser Altersmargen beabsichtigt hat. Mindestens drei gewichtige Tatsachen sprechen gegen diese Annahme.

Als wirklich und unter allen Umständen die nationale Sicherheit gefährdend konnte unter den Personen deutscher Abstammung ein Teil jener Reichsdeutschen gelten, die mit den NS-Behörden in Deutschland auf korrekt-einwandfreiem Fuß waren. Diesen Personenkreis zu eliminieren, mußte das Interesse einer jeden französischen Regierung sein, ungeachtet ihrer politischen Couleur. Dieser Kreis kann aber nur recht bescheidene Dimensionen gehabt haben, und er dürfte auch dadurch nicht eben vergrößert worden sein, daß die deutsche Reichsregierung, Louis de Jong zufolge, am Vorabend des Krieges in Frankreich befindliche deutsche Staatsangehörige aufgefordert hatte, das Land so schnell wie möglich zu verlassen. De Jong verdanken wir hier auch einige, auf eine offiziöse deutsche Publikation, das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums", gestützte Zahlenangaben über die nazifizierten Elemente der in Frankreich lebenden Auslandsdeutschen: „1937 gehörten in ganz Frankreich knapp 3000 Personen der ‚Deutschen Gemeinschaft' an, welche die Auslandsorganisation der NSDAP für diejenigen Deutschen geschaffen hatte, die eine gewisse Verbindung mit dem Dritten Reich aufrechterhielten. In demselben Jahr nahmen in Paris, wo mehr als die Hälfte aller Reichsdeutschen lebte, etwa 130 Personen (Männer, Frauen und Kinder) an dem demonstrativen Eintopfessen teil."[63] Knapp dreitausend nominelle Nationalsozialisten in ganz Frankreich und nicht einmal 150 ‚echte' Nazis, die sich bei einer politischen Paradeveranstaltung in Paris sehen ließen. Mit anderen Worten: die Zahl der wirklichen Nazis unter den in Frankreich lebenden Reichsdeutschen war minimal und rechtfertigte keine Repressionen, die alle Personen deutscher Abstammung betrafen. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß dieser spezifische Personenkreis zumindest in

[63] Louis de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg, S. 195. – Zur Gesamtzahl der in Frankreich lebenden Reichsdeutschen schreibt de Jong am gleichen Ort, sie sei für 1939 nicht bekannt. 1931 seien es „etwa 30000" gewesen, doch sei die Zahl später zurückgegangen. Sie muß tatsächlich ganz erheblich kleiner gewesen sein, da andernfalls die Zahl der 1939/40 Internierten beträchtlich höher hätte sein müssen.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Hauptstadt Objekt geheimdienstlicher Observationen gewesen sein dürfte. In wenigstens einer autobiographischen Quelle wird (für Paris) übrigens auch die individuelle Verhaftung von Reichsdeutschen vor und außerhalb der allgemeinen Internierungsmaßnahmen überliefert[64].

Wie wenig man denn auch ursprünglich an eine Sistierung von politischen Exilierten und jüdischer Massenemigration aus Deutschland gedacht zu haben scheint, zeigt ihre am 12. April 1939 verfügte Heranziehung zum Wehrdienst. Begründet wurde sie laut Vormeier damit, „daß es gerecht sei und dem Volksempfinden entspräche, die Ausländer möglichst in der gleichen Weise wie die Franzosen die durch einen eventuellen Krieg entstehenden Lasten und Verpflichtungen tragen zu lassen"[65]. Wohlgemerkt, dies wird von jenen Ausländern gesagt, „qui bénéficient du droit d'asile sur notre territoire", und vollends haben die am 20. Juli erlassenen, am 22. Juli verkündeten Ausführungsbestimmungen („Ausländerzählung") gezeigt, wie eng die französischen Behörden Wehrpflicht und Asylgewährung miteinander verknüpften: der „Legale", der sich der Meldepflicht entzog, sollte des Asylrechts verlustig gehen, dem „Illegalen", der sich ihr unterwarf, wurde seine Gewährung in Aussicht gestellt. Dies betraf alle Asylrechtsfälle und Staatenlosen, und es gab keinerlei Sonderregelungen für irgendwelche Herkunftsländer. Zur gleichen Zeit prosperierte übrigens die oben erwähnte, offenkundig von den Behörden protegierte Freiwilligenvereinigung, hinter der laut Grossmann „bedeutende radikalsozialistische Politiker wie Robert Lange, der frühere Ministerpräsident Paul Painlevé und der frühere Außenminister Paul-Boncour standen". Die dem damaligen Finanzminister Paul Reynaud verbundene konservative Tageszeitung „Le Temps" widmete der „außerordentlichen Bewegung" einen überaus wohlwollenden Leitartikel (22. Juli), der in dem Vorschlag gipfelte, den ausländischen Freiwilligen automatisch die französische Staatsangehörigkeit zu gewähren[66]. Bei aller gebotenen Vorsicht wird man also sagen dürfen, daß die französische Regierung sechs Wochen vor Kriegsbeginn mit dem Gros der deutschen Exilierten und Emigranten noch ganz andere Absichten verfolgt hat, als sie zu feindlichen Ausländern zu erklären und zu internieren.

Und schließlich das dritte Faktum, jenes, das von dem französischen Autorenteam so demonstrativ angeführt und anschließend so gründlich ignoriert worden ist: wäre die Internierung seit langer Zeit geplant gewesen, so hätte sie in der Praxis selbst dann anders vonstattengehen müssen, als sie vonstattenging, wenn man bei den ausführenden Organen – dem Kriegsministerium und seinen untergeordneten Instanzen – ein beträchtliches Maß von organisatorischer Unfähigkeit voraussetzt. Man mag hier einwenden, daß bereits beim Übertritt der spanischen Republikaner

---

[64] Karl Retzlaw, Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main 1971, S. 429. – Retzlaw, der am 3. September, dem Tag des französischen Kriegseintrittes, „individuell" verhaftet worden war, teilte in der Santé die Zelle mit zwei Reichsdeutschen aus seinem „Schub".

[65] Barbara Vormeier, Dokumentation zur französischen Emigrantenpolitik, S. 208 f.

[66] Kurt R. Grossmann, Emigration, S. 195.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf französischen Boden – Januar/Februar 1939 – ein kaum vorstellbares Chaos geherrscht habe und sich die organisatorischen Fähigkeiten französischer Militärs im allerungünstigsten Licht gezeigt hätten[67]. Das Argument überzeugt aber nur teilweise. Das Ausmaß der Fluchtbewegung aus Spanien – annähernd 500000 Menschen – hat man in Frankreich wohl kaum voraussehen können (wenngleich wahr bleibt, daß nicht einmal minimale Vorkehrungen getroffen worden waren); zudem verfolgte Frankreich die Absicht, wenigstens einen beträchtlichen Teil der spanischen Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat zu bewegen, indem man sie in Frankreich so ungastlich wie nur möglich empfing.

Im Frühherbst 1939 und im Falle der deutschen Emigration lagen die Dinge aber anders. Mit dem spanischen Flüchtlingsstrom war sie quantitativ auch nicht entfernt zu vergleichen. Die höchste Schätzung für Paris, das Zentrum der deutschen Emigration, nennt 20–25000 Internierte (Badia), wohingegen der französische Innenminister am 8. Dezember 1939 vor der Abgeordnetenkammer lediglich von rund 15000 Personen gesprochen hat, die während der ersten drei Kriegsmonate in ganz Frankreich interniert worden seien[68]. Die Größenordnung belief sich also auf drei bis allenfalls fünf Prozent der Spanienflüchtlinge, und für eine solche Zahl von Menschen sollte es selbst einer wenig flexiblen Bürokratie möglich gewesen sein, Vorsorge zu treffen – sofern die Internierung tatsächlich seit langem beabsichtigt gewesen war. Unterstellt man dies einmal, so hatte die politische Entwicklung seit dem Frühjahr 1939 auch keinen Zweifel daran mehr zugelassen, daß der Eventualfall in absehbar kurzer Zeit eintreten würde. Dies gilt übrigens unabhängig von den Motiven, die hinter der Internierungsabsicht gestanden haben mögen. Ob man die deutsche Emigration als Sicherheitsrisiko betrachtete (dies die amtliche Argumentation) oder ob man sie eliminieren wollte, weil sie einem neuen ‚München' hinderlich war (dies die philokommunistische Insinuation des französischen Autorenteams): unter dem Aspekt der Internierungsvorbereitungen war das ziemlich gleichgültig, denn unterbringen mußte man die Leute ja auf jeden Fall.

Indessen widersprach die Praxis in allen nur denkbaren Punkten der These von einer langfristig beabsichtigten Internierung, und das sei an zwei, drei von vielen möglichen Beispielen demonstriert. Die im Stade de Colombes bei Paris Festgehaltenen mußten wochenlang bei primitivsten Bedingungen unter freiem Himmel kampieren, bevor man damit anfing, sie in andere, meist ebenfalls improvisierte und nicht besser ausgestattete Camps weiterzutransportieren. Abusch gehörte zu einem der frühesten Transporte – und verließ das Stade de Colombes doch erst am zwölften Tage seiner Haft[69]. Dahlem, Merker und andere KPD-Spitzenfunktionäre waren sogar über vier Wochen in zwei Pariser Sportstadien – nach Colombes in

[67] Vgl. Hans-Albert Walter, Band 2, S. 105ff.
[68] Barbara Vormeier, Dokumentation zur französischen Emigrantenpolitik, S. 227.
[69] Alexander Abusch, Der Deckname, S. 497.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rolland Garros – untergebracht. Erst am 12. Oktober 1939 war über den künftigen Aufenthalt dieser seit dem 6. September unter freiem Himmel Internierten entschieden, und sie wurden aus Paris abtransportiert[70]. Die Verhältnisse in der Provinz unterschieden sich von denen in Paris überhaupt nicht, obwohl die zu Internierenden dort nicht nach Tausenden zählten, sondern oft nur nach Dutzenden. Franz Schoenberner, der das zum „centre de rassemblement" des Departments Alpes Maritimes erklärte Fort Carré in Antibes aufsuchte – als guter Deutscher tat er es pünktlich, wie es ihm befohlen war, und fand sich schon am Abend des 4. September in dem Kasernengelände ein –, Schoenberner traf dort nur einen schnarchenden Wachtposten: „Aber der junge Mann hatte noch nie etwas von einem camp de rassemblement oder von irgendwelchen deutschen Emigranten gehört, die sich hier angeblich melden sollten. Ein Offizier war nicht anwesend, wie er mir mitteilte, vielleicht könnte ich morgen so gegen 11 Uhr wieder einmal vorbeikommen?"[71] Alfred Kantorowicz, der sich in Toulon zu melden hatte – immerhin ein Kriegshafen mit wichtigen militärischen Anlagen –, fand in dem zum Sammelplatz erklärten Schuppen sogar noch am 8. September ähnliche Zustände: „Wir konnten zunächst gehen und kommen, tun und lassen, was wir wollten – die französischen Beamten, die sich hin und wieder sehen ließen, schienen fast verlegen und wußten nicht recht, was sie mit uns anfangen sollten. Die Österreicher, die sich irrtümlicherweise schon zwei Tage zuvor gestellt hatten, erzählten eine komische Geschichte. Man hatte sie zuvorkommend in einer Schule in Toulon untergebracht. Am nächsten Tag war ein Oberst gekommen, der sie verwundert gefragt hatte, wer sie seien und was sie wollten."[72] Schon diese kleine Auswahl aus vielen gleichartigen Zeugnissen belegt, daß die ausführenden französischen Organe von dem Internierungsbeschluß überrascht worden sind.

Zusammen mit den vorher angeführten Fakten legt dieser Stand der Vorbereitungen die Vermutung sehr nahe, daß die Masseninternierung ganz kurzfristig, wohl erst wenige Tage vor Kriegsbeginn beschlossen worden sei. Grossmann bestätigt das, wenn er – leider ohne jeden Quellenvermerk – schreibt, die französische Regierung habe die Internierung am 26. August 1939 angeordnet[73]. Als politische Erklärung und Motivation dieses die gesamte bisherige Behandlung der deutschen Flüchtlinge (Wehrpflicht) umkehrenden Beschlusses bliebe dann nur ein Ereignis: der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August. Und wirklich wäre diese weltpolitische Wendung geeignet gewesen, deutsche Flüchtlinge in den Augen einer rechtskonservativ-reaktionären Regierung zum Sicherheitsrisiko zu machen. Man vergegenwärtige sich: die Scheidung zwischen potentiell oder faktisch nationalsozialistischen Auslandsdeutschen und a priori antinazistischen Exilierten und Emigranten

[70] Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 450.

[71] Franz Schoenberner, Innenansichten eines Außenseiters, S. 104 f.

[72] Alfred Kantorowicz, Exil in Frankreich. Merkwürdigkeiten und Denkwürdigkeiten, Bremen 1971, S. 33.

[73] Kurt R. Grossmann, Emigration, S. 196.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lag klar zutage, und wie fremdenfeindlich die Maximen der französischen Asyl- und Flüchtlingspolitik auch immer waren, so änderten sie doch nichts an der Überzeugung vom antinazistischen Charakter der Emigration – die Erstreckung der Wehrpflicht auf sie beweist das.

Undurchschaubar und politisch dubios wurde die Emigration aus Sicht der französischen Regierung erst, als aus ihrer Perspektive ein Teil dieser Emigration vom enragierten Feind zum wenigstens potentiellen Verbündeten des nationalsozialistischen Deutschland zu mutieren schien. So jedenfalls stellte sich die Situation nach dem Nichtangriffsvertrag für Politiker der Rechten selbst dann dar, wenn man die Schockwirkung des Vertrags so gering wie nur möglich veranschlagt. Sie war aber bei der französischen Rechten ebenso groß wie bei der französischen Linken, ja, man kann sogar noch weiter gehen und sagen, daß der Nichtangriffsvertrag, so überraschend er kam, für Daladier und seine Parteigänger nur bestätigte, was sie den Kommunisten ohnehin zutrauten. Von welchen antikommunistischen Emotionen diese Repräsentanten der couponschneidenden Mittelschicht beherrscht waren, zeigen zur Genüge die unmittelbar auf den Vertragsschluß folgenden Aktionen gegen die KPF; ironischerweise gegen eine Partei, die ihre nationale Zuverlässigkeit auf geradezu flehentliche Weise zu demonstrieren suchte. Für diese allererste Zeitspanne trifft gewiß die Kritik Sperbers an Daladiers Kommunistenverfolgung zu. Politisch wäre es in diesen späten August- und frühen Septembertagen sehr viel sinnvoller gewesen, die KPF in voller Öffentlichkeit sich selbst und damit jenem ideologischen Ruin zu überlassen, von dem Budzislawski so klar wie sonst selten gesprochen hatte.

Es gab aber eben nicht nur diesen ideologisch-politischen Aspekt. Die Angelegenheit gewann spätestens beim Kriegseintritt eine weitere Dimension. Auch eine kühl wägende französische Regierung, eine, die weit von Daladiers antikommunistischer Hektik entfernt war, hätte sich sagen müssen, daß die oppositionelle Standfestigkeit der KPF gegenüber Moskau durchaus unerprobt sei, und sie hätte ihre weiteren Schritte an dieser Skepsis ausrichten müssen, um nicht grob fahrlässig gegen die nationalen Interessen zu verstoßen. Daladier scheint von der nationalen Parole der französischen Kommunisten nicht nur nicht überzeugt gewesen zu sein, er scheint sie von Anfang an als taktische Finte, wenn nicht als Irreführung betrachtet zu haben. Jedenfalls hat die französische Regierung so und nicht anders gehandelt, und ihre Repressalien gegen die KPF schon in der letzten Augustwoche machen deutlich, daß ihr diese Partei als Agentur einer potentiell feindlichen Macht galt. Das Wendemanöver, mit dem die KPF dann Ende September auf die ‚defaitistische' Moskauer Linie einschwenkte, hat das Mißtrauen der Regierung ebenso bestätigt, wie es seinerseits durch dieses Mißtrauen erleichtert worden ist. Kurzum, in Kriegszeiten ist die legale Existenz einer faktisch den nationalen Defaitismus propagierenden *Massen*partei auch für die demokratisch prinzipienfesteste Regierung eine Zumutung, wenn nicht eine Unmöglichkeit. Bei dem nicht allzu prinzipienfesten und -treuen Daladier überwog das Sicherheitsrisiko offenkundig von Anfang an die ideologischen Vorteile, die ein sich öffentlich selbst zerfleischender Gegner bot, und

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn es auch vielleicht nicht zum Vorwand wurde, so bot es doch jedenfalls die ersehnte Gelegenheit zu legaler Revanche für die in den Vorjahren erlittenen Demütigungen und Ängste.

Noch weniger Federlesens machte man in solcher Situation mit einer Ausländergruppe, die der Nichtangriffsvertrag in ein gleich doppeltes Zwielicht gebracht hatte. Als Deutsche ohnehin aus ‚nationalen' Gründen mißliebig, wurde nun ein quantitativ nicht genau bestimmbarer, aber möglicherweise beträchtlicher Teil der emigrierten Deutschen auch in weltanschaulich-ideologischer Hinsicht suspekt. Das Sicherheitsrisiko beschränkte sich in französischer Sicht nicht auf die legalen und konspirativen Einrichtungen der KPD, nicht auf bekannte Institutionen und Personen – über sie war sich die politische Polizei, wie spätere Maßnahmen zeigen, bis auf wenige Ausnahmen ziemlich klar. Unklar und schwer durchschaubar war für sie aber, was mit einem bösen neudeutschen Terminus als „sympathisierendes Umfeld" erscheinen mochte und zum Teil auch begründet so erschien: die kommunistische Tarn- und Infiltrationspraxis bei allerlei parteipolitisch neutral aufgemachten Organisationen und Publikationen, kulturellen wie anderen, hat ja mit Sicherheit nicht zur Transparenz der politischen Verhältnisse in der deutschen Emigration beigetragen. Eine diffuse Szenerie, in der nach dem Nichtangriffsvertrag fast jeder verdächtig war, zumindest für einen Betrachter, der sich nicht sehr gut auskannte, der sich aber die Maxime „Rot = Braun" zueigengemacht hatte und den deutschen Kommunisten wenigstens für den potentiellen Verbündeten des hitlerischen Deutschland hielt.

Anders als bei den ihre Loyalität beteuernden französischen Kommunisten hatte man hier aber von Anfang an völlig freie Hand und brauchte mit kollektiven Maßnahmen nicht zu warten, bis der ‚Gegner' eine Zugriffsmöglichkeit bot. Vielmehr konnte man sich des Problems auf die administrativ bequemste Weise prohibitiv entledigen: durch die Isolierung des Kollektivs mit der Maßgabe, anschließend zu differenzierenden Überprüfungen im Einzelfall zu schreiten. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird man also davon ausgehen können, daß es ohne den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag in Frankreich nicht zu den Internierungsmaßnahmen des Septembers 1939 gekommen wäre (mit der zweiten Internierungswelle vom Mai 1940 steht es wohl etwas anders), und mit noch größerer Sicherheit kann man sagen, daß dieser Beschluß nur auf dem Hintergrund und im Zusammenhang der spezifischen innenpolitischen Gemengelage in Frankreich zustandegekommen ist. In Großbritannien mit seinen völlig andersartigen innenpolitischen und sozialen, ja sozialgeschichtlichen Voraussetzungen hat eine gleichfalls extrem konservative Regierung auch auf dem Felde der Flüchtlingspolitik ganz anders auf den Nichtangriffsvertrag reagiert, eben so, wie das französische Autorenteam das knapp skizziert hat: unter Verzicht auf Masseninternierungen. Allerdings hat es in Großbritannien auch keine kommunistische Massenpartei gegeben, somit keine innenpolitisch nennens- und erwägenswerten Rückwirkungen des deutsch-sowjetischen Vertrags; der Antisemitismus war im Vereinigten Königreich nicht annähernd so stark verbreitet und tief verwurzelt wie in Frankreich, und endlich war es nicht die briti-

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche, es war die französische Bourgeoisie gewesen, die von der Volksfront in Angst und Schrecken versetzt worden war.

So also stellt sich nach der gegenwärtigen Quellenlage die Genesis, so stellen sich die Beweggründe des französischen Internierungsbeschlusses dar, einer Maßnahme, die gänzlich „irrational"[74] nur genannt werden kann, wenn man aus dem „contexte politique général" jenes Faktum herauslöst, das am tiefsten in diese Zusammenhänge eingegriffen hat.

[74] Gilbert Badia und andere, Les barbelés de l'exil, S. 171.

Jahrgang 36 (1988), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte